



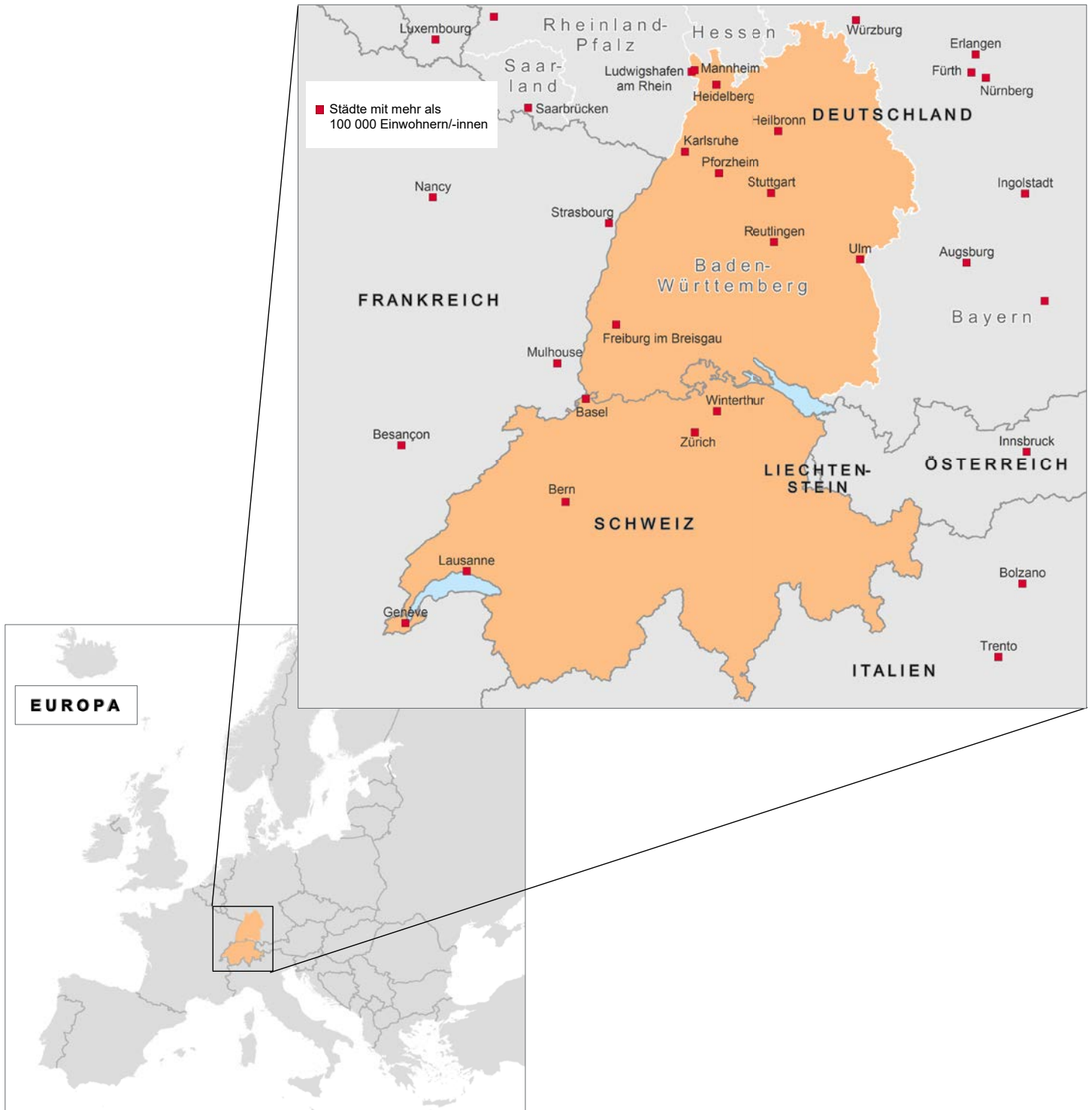
Baden-Württemberg

Strategie des Landes Baden-Württemberg für die Zusammenarbeit mit der Schweiz

Fortschreibung 2025

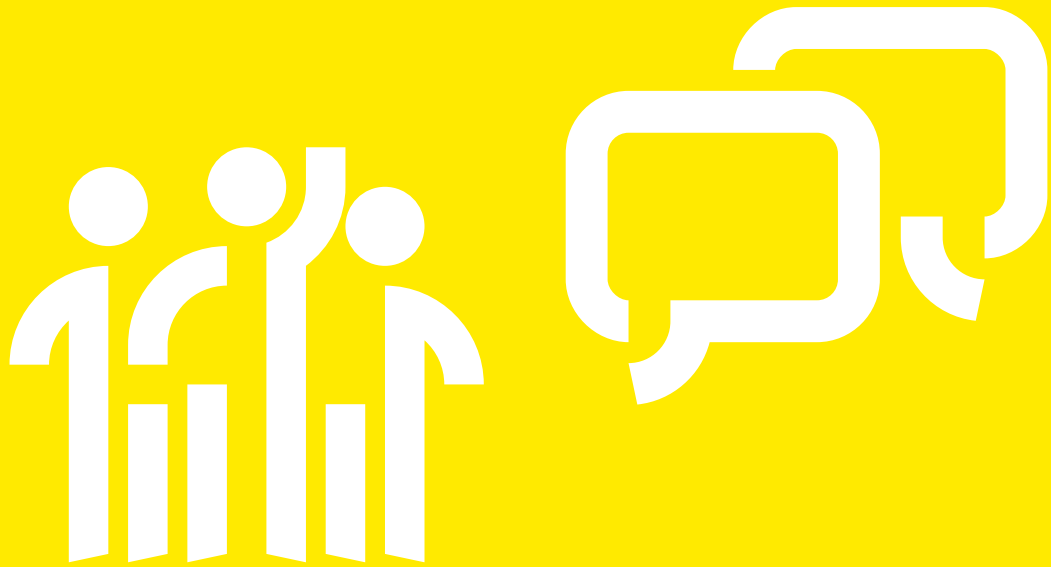


Die Schweiz und Baden-Württemberg in Europa



Inhalt

S. 04-05	Vorwort
S. 06-07	1. Wo stehen wir?
S. 08-09	2. Welche Schwerpunkte wollen wir in der Zusammenarbeit mit der Schweiz setzen?
S. 10-13	3. Baden-Württemberg als Brückenbauer zwischen der Europäischen Union und der Schweiz
S. 13	Grenzraum Schweiz – Baden-Württemberg
S. 14-33	4. Bilaterale Zusammenarbeit mit der Schweiz stärken
S. 15-16	4.1. Politischen Dialog pflegen, Netzwerke aus bauen
S. 17-18	4.2. Zivilgesellschaft einbeziehen, Bürgerbeteiligung und Demokratie stärken
S. 19-20	4.3. Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Zukunftsbranchen ausbauen, Bürokratie abbauen
S. 21-22	4.4. Wissenschafts- und Forschungskooperation stärken
S. 23	4.5. Grenzüberschreitende Bildung fördern
S. 24-26	4.6. Nachhaltige Mobilität ausbauen und grenzüberschreitende Räume planen
S. 27-29	4.7. Gemeinsam Energieversorgung sichern und die Energiewende meistern
S. 30-31	4.8. Artenschutz fördern, Zusammenarbeit in der Landwirtschaft und Fischerei vertiefen
S. 32	4.9. Gesundheitspolitik grenzüberschreitend denken
S. 33	4.10. Sicherheitskooperation stärken
S. 34-37	5. Umsetzung und Prozess der Erarbeitung der Schweiz-Strategie
S. 38	Verwaltungsgliederung der Schweiz und Baden-Württemberg
S. 39	Impressum



Vorwort

Baden-Württemberg und die Schweiz sind als Nachbarn auf das Engste verflochten und unterhalten eine langjährige Freundschaft. Wir teilen viele Gemeinsamkeiten: Unsere Wirtschaft ist geprägt durch mittelständische Unternehmen und bekannt für ihre Qualität und innovative Hochtechnologie. Wissenschaftsexzellenz, eine renommierte Hochschullandschaft und „kluge Köpfe“ sind die Basis unseres Erfolges. Die Zugehörigkeit zum alemannischen Kulturraum und gemeinsame europäische Werte sind Grundlage einer tief verwurzelten Verbundenheit und Basis auch für die künftige Zusammenarbeit in Zeiten großer Umbrüche.

Unsere Zusammenarbeit wird dabei getragen von den Menschen, die sie tagtäglich vor Ort mit Leben erfüllen – den Grenzgängerinnen und Grenzgängern, Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmerinnen und Unternehmern, Forschenden, Lehrenden und Studierenden, Verantwortlichen in den Kommunen – und vielen mehr. Gemeinsame Lebens-, Arbeits-, Wirtschafts- und Forschungsräume prägen insbesondere unsere Grenzregionen, die heute als Modellregionen Vorbildcharakter in Europa haben.

Für Baden-Württemberg als wertegeleiteten Innovationsstandort in Europa hat die nachbarschaftliche Zusammenarbeit mit der Schweiz eine europapolitische Priorität. Im Jahr 2017 hat die Landesregierung eine erste Schweiz-Strategie erarbeitet, um gemeinsam Potenziale zu nutzen und Herausforderungen anzugehen. Bereits damals standen der technologische Wandel durch die Digitalisierung, die Bewältigung des Klimawandels und das Verhältnis zwischen der Europäischen Union (EU) und der Schweiz im Blickpunkt der Zusammenarbeit.

Heute haben sich die weltweiten Umbrüche und die Herausforderungen im europäischen Umfeld weiter verschärft. Schwerwiegende geopolitische Herausforderungen, insbesondere durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, sind hinzugekommen. Die Transformation der Wirtschaft und die Energiewende beschleunigen sich enorm und bieten gleichzeitig auch Chancen für Baden-Württemberg und die Schweiz als langjährige Partner. Es gilt heute mehr denn je: Die Lösungen für die großen Fragen unserer Zeit können wir nur gemeinsam angehen.



**Winfried Kretschmann MdL,
Ministerpräsident
des Landes Baden-Württemberg**

Wir wollen deshalb mit der Fortschreibung der Schweiz-Strategie Baden-Württembergs einen landespolitischen Rahmen schaffen für die zielgerichtete Weiterentwicklung der nachbarschaftlichen Zusammenarbeit mit der Eidgenossenschaft. Wir wollen dabei Schwerpunkte setzen bei Zukunftsthemen, die für Baden-Württemberg und die Schweiz Chancen und Mehrwerte bieten, und beim Zusammenleben im Grenzraum.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die EU und die Schweiz den bilateralen Weg zukunfts- fest machen. Ein stabiles Verhältnis zwischen der EU und der Schweiz ist nicht nur für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eine unverzichtbare Grundlage, sondern bietet die Chance, Zukunftsfragen in Europa stärker gemeinsam anzugehen. Hierbei engagieren wir uns weiterhin und werben für ein starkes gemeinsames Fundament zwischen Brüssel und Bern.



**Florian Haßler, Staatssekretär für politische
Koordinierung, Europa und Internationales im
Staatsministerium Baden-Württemberg**

Ganz herzlich möchten wir allen danken, die sich in die Fortschreibung unserer Schweiz-Strategie eingebracht haben, um gemeinsam mit uns den Blick nach vorne zu richten: Allen Aktiven in der Zusammenarbeit, den Kommunen, Bürgerinnen und Bürgern auf beiden Seiten des Rheins, ganz besonders auch unseren Schweizer Partnern in den Kantonen und in Bern, der Schweizerischen Botschaft und dem Generalkonsulat der Schweiz in Stuttgart sowie dem Auswärtigen Amt, der Deutschen Botschaft in Bern und allen Bundesministerien in Berlin, die unsere Aktivitäten begleiten und unterstützen.



1. Wo stehen wir?

Baden-Württemberg und die Schweiz gehören in Europa zu den wettbewerbsfähigsten Industriestandorten mit einer hohen Exportorientierung. Im Herzen Europas gelegen ist der Deutsch-Schweizerische Grenzraum, der entlang einer über 300 km langen Grenze Oberrhein, Hochrhein und Bodensee verbindet, ein wichtiges Zentrum für neue Technologien. Bedeutsam sind beispielsweise neben dem Maschinen- und Anlagenbau und der Elektroindustrie auch die dynamische Medizintechnik- und Pharmabranche mit großen Clustern in den Großräumen Basel und Zürich sowie in Baden-Württemberg.

Baden-Württemberg und die Schweiz haben eine lange Tradition und herausragende Exzellenz in Innovation, in Forschung und Entwicklung und sind herausragende Bildungsstandorte. Diese Stärken sind der Schlüssel, um unsere Wirtschaft in der Transformation durch die Digitalisierung und den Klimawandel langfristig stark aufzustellen. Bei den Zukunftstechnologien wie der Künstlichen Intelligenz (KI), herrscht ein globaler Wettbewerb, vor allem mit den USA und China, dem sich Standorte, wie Baden-Württemberg und die Schweiz, am besten im europäischen Verbund und gemeinsam stellen.

Der Wirtschafts- und Wissenschaftsaustausch zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz ist ausgesprochen eng. Unser Nachbarland gehört zu den wichtigsten Export- und Importländern für Baden-Württemberg und trägt zur Verlässlichkeit und Sicherheit von Lieferketten bei. Schweizer Unternehmen sind zudem die wichtigsten Investoren in Baden-Württemberg.

Dieser Faktor hat seit der Corona-Pandemie mit ihren weltweiten Lieferschwierigkeiten und angesichts der gestiegenen geopolitischen Risiken weiter an Bedeutung gewonnen.

Der deutsch-schweizerische Grenzraum ist nicht nur durch seine wirtschaftliche Verflechtung, sondern ebenso durch seine Verkehrsachsen, die vor allem im Güterverkehr europaweite Bedeutung haben, und eine hohe grenzüberschreitende Alltagsmobilität geprägt. Alleine 60.000 deutsche Grenzpendlerinnen und Grenzpendler arbeiten in der Schweiz. Grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen haben für die Bürgerinnen und Bürger eine hohe Priorität: Sie sind Grundlage des Zusammenlebens im Grenzraum und eines aktiven kulturellen Austauschs.

Auch im Grenzverkehr kommt der Nutzung emissionsfreier Verkehrsträger eine wichtige Rolle zu, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Entscheidend ist deshalb der Ausbau des Schienennetzes und -verkehrs sowie neuer, innovativer Mobilitätsformen.

Die Schweiz ist dabei für Baden-Württemberg beispielgebend bei der Stärkung umweltfreundlicher Verkehrsträger.

Ein ähnliches Potenzial hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Dekarbonisierung der Energiewirtschaft, der Gewährleistung von Energiesicherheit und beim Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft im Grenzraum. Mit ihren Pumpspeicherkraftwerken kann die Schweiz in Europa perspektivisch eine Rolle bei der Energiespeicherung einnehmen. Auch die vier in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke der Schweiz spielen eine Rolle im grenzüberschreitenden Austausch. Ebenso betrifft die Schweizer Endlagersuche mit dem ins Auge gefassten grenznahen Standort die baden-württembergischen Kommunen unmittelbar.

Für die Zusammenarbeit ist der bilaterale Weg mit rund 120 Abkommen zwischen der EU und der Schweiz eine zentrale Grundlage. Der Abschluss der Verhandlungen Ende Dezember 2024 über einen Paketansatz mit einer Aktualisierung und Verstärkung der bestehenden Verträge sowie neuen Verträgen zwischen der EU und der Schweiz ist ein wichtiger Meilenstein zur Sicherung und für den Ausbau des bilateralen Wegs. Für die grenz

überschreitende Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz, u. a. in den Bereichen Wirtschaft und Wissenschaft, werden durch das Vertragspaket Hürden abgebaut und neue Möglichkeiten der Kooperation geschaffen. Nun geht es darum, das Paket schnellstmöglich auf Seiten der EU und der Schweiz zu ratifizieren und umzusetzen.

Die EU ist nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern vor allem auch eine Wertegemeinschaft, die für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit eintritt, auch auf internationaler Ebene. Diese gemeinsamen Werte teilen Baden-Württemberg, Deutschland, die EU und die Schweiz. Mit ihrer direkten Demokratie und dem föderalen Staatsaufbau ist die Schweiz dabei ein wichtiger Impulsgeber und Partner in unserem Engagement für eine aktive Bürgerbeteiligung.

Die Zusammenarbeit im deutsch-schweizerischen Grenzraum lebt ganz wesentlich von den lokalen Netzwerken und dem kommunalen Engagement. Unsere Landkreise, Städte und Gemeinden sind eng vernetzt mit ihren Schweizer Partnern und pflegen eine intensive Zusammenarbeit. So können die Menschen vor Ort konkret, pragmatisch und mit viel Offenheit für Neues ihren eigenen grenzüberschreitenden Lebensraum gestalten.

„Die Schweiz und wir sind mehr als Nachbarn, wir bilden am Hochrhein einen einheitlichen Lebensraum mit engen wirtschaftlichen, kulturellen und persönlichen Verbindungen. Diese Bande wollen wir weiterhin pflegen und festigen.“

Landrat Dr. Martin Kistler, Landkreis Waldshut



„Auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und regelmäßiger, freundschaftlicher Treffen, hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte eine Zusammenarbeit mit unseren Schweizer Freunden entwickelt, die beispielsweise im Bereich Tourismus bemerkenswerte Projekte hervorbrachte, wie den Premiumfernwanderweg „WasserWelten-Steig“, der „Deutschlands höchste Wasserfälle“ in Triberg mit „Europas größtem Wasserfall“ in Schaffhausen auf 109 km in 6 Tagesetappen verbindet.“

Landrat Sven Hinterseh, Landkreis Schwarzwald-Baar-Kreis



2. Welche Schwerpunkte wollen wir in der Zusammenarbeit mit der Schweiz setzen?

1. Vor dem Hintergrund geopolitischer Veränderungen wollen wir den **politischen Austausch** vertiefen, die Zusammenarbeit mit der Schweiz als Wertepartner ausbauen und gemeinsam die Demokratie stärken. Insbesondere mit grenzüberschreitenden Bürgerdialogen soll die **Zivilgesellschaft** als gleichberechtigte Kraft eingebunden werden. **Kulturzusammenarbeit** soll zu einem lebendigen Austausch der Bürgerinnen und Bürger beitragen.
2. In der **Europapolitik** setzt sich Baden-Württemberg als Brückenbauer für die Sicherung und den Ausbau des bilateralen Weges ein, mit einer rechtlich und politisch langfristigen Einigung zwischen der EU und der Schweiz. Das Land unterstützt das Verhandlungsergebnis des Vertragspakets, insbesondere eine rasche Assoziation der Schweiz beim EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“ und bei Erasmus+ sowie den Abschluss neuer bilateraler Abkommen, die etwa bei Gesundheit und Energie Vorteile für beide Seiten bieten.
3. Im globalen Innovationswettbewerb liegt ein besonderer Fokus auf der **Wirtschafts- und Wissenschaftskooperation** mit der Schweiz zu Zukunftstechnologien wie der Digitalisierung, KI, Quantensensorik und Quantencomputing, personalisierter Medizin und Medizintechnik. Anknüpfungspunkte bieten beispielsweise der Innovation Park Artificial Intelligence (IPAI) in Heilbronn und das in der Region Stuttgart/Tübingen verortete Cyber Valley und dessen Kooperation mit der ETH Zürich sowie das europäische KI-Netzwerk ELLIS (European Laboratory for Learning and Intelligent Systems). Für Quantentechnologien können wir auf die Initiative Quantum^{BW} aufbauen.
4. Die **bilaterale Wissenschafts- und Forschungskooperation** wollen wir stärken. Dafür sollen bestehende Formate, wie der Verbund der ober-rheinischen Universitäten „Eucor – The European Campus“, der Wissenschaftsverbund Vierländerregion Bodensee und der Verbund der ober-rheinischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften „TriRhenaTech“ genutzt werden. Auch die am 2. Februar 2024 begründete Wissenschaftskooperation mit dem Kanton Zürich trägt dazu bei.
5. Vernetzung und Kooperation mit der Schweiz in **Wachstumsbranchen**, wie der Gesundheitswirtschaft und der Luft- und Raumfahrttechnologie sowie zur Nachhaltigkeit im ressourcenintensiven Bau- und Gebäudesektor, sollen gestärkt werden.
6. **Bildungskooperationen** dienen der Zukunft der heranwachsenden Generation. Sie sind Basis für den Wirtschaftsstandort und unsere Demokratie. In der beruflichen Bildung wird eine Kooperation von beruflichen Schulen in den Themenfeldern „Industrie 4.0“ und „Smart Energy“ angestrebt. Dasselbe gilt für die Zusammenarbeit in den MINT-Fächern, die für beide Hochtechnologiestandorte besonders wichtig sind.
7. Die Verbesserung und der Ausbau der **grenzüberschreitenden Mobilität** ist ein Schwerpunkt in der Zusammenarbeit mit der Schweiz. Projekte im Rahmen der Internationalen Bodensee-Konferenz, wie „Bodanrail 2045“, das auf eine abgestimmte Angebotsplanung abzielt, oder die trinationale S-Bahn Basel leisten dazu einen wesentlichen Beitrag. Weitere grenzüberschreitende Ticketangebote und Reiseinformationen wollen wir prüfen.
8. Der Ausbau der **europäischen Verkehrsachsen** und gemeinsame Projekte mit der Schweiz im **Schienenverkehr**, wie die Elektrifizierung der Hochrheinbahn oder den Ausbau von Rheintal- und Gäubahn treiben wir weiter engagiert voran.
9. **Klimaschutz und Energiewende** erfordern einen Schulterschluss über Grenzen hinweg. Die enge Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz beim grenzüberschreitenden Stromhandel und Netzausbau trägt zur Versorgungssicherheit bei. Wir bauen die Zusammenarbeit in der Wasserstoffwirtschaft aus. So entsteht entlang des Hochrheins derzeit der erste Abschnitt einer Wasserstoffpipeline zwischen Albbuck und Waldshut.
10. Die **Sicherheitskooperation** mit der Schweiz ist eng und vertrauensvoll. In der polizeilichen Zusammenarbeit, im Rettungswesen und beim Bevölkerungsschutz vertiefen wir unsere Kooperation. Gemeinsame Übungen und eine Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik stärken beide Seiten. Besonders hervorzuheben ist die Beteiligung der Schweiz an der EU-Großübung im Bevölkerungsschutz „Magnitude“, die 2024 im Land stattfand.



3. Baden-Württemberg als Brückenbauer zwischen der Europäischen Union und der Schweiz



Der Schweizer Bundespräsident Ignazio Cassis zu Besuch bei Ministerpräsident Kretschmann am 23. Juni 2022 in Stuttgart



Ministerpräsident Kretschmann mit der Schweizer Bundespräsidentin, Frau Karin Keller-Sutter am 15. Mai 2025 in Bern

Die Schweiz liegt inmitten der Europäischen Union (EU), ohne selbst Mitglied zu sein.

Das gegenseitige Verhältnis ist daher durch bilaterale Abkommen sehr vielfältig geregelt. Die weitgehende Teilnahme der Schweiz am europäischen Binnenmarkt ist eine ökonomische Erfolgsgeschichte, die Wohlstand und Arbeitsplätze in der Schweiz, in Baden-Württemberg und in der EU sichert.

Der Abschluss der Verhandlungen über ein Vertragspaket zwischen der Schweiz und der EU ist ein wichtiger Meilenstein, diesen bilateralen Weg zukunftsfest zu machen. Die Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz ist dabei auf gute und verlässliche Rahmenbedingungen auf EU-Ebene besonders angewiesen.



Ministerpräsident Kretschmann am 15. Mai 2025 in Bern

Bilaterale Verträge zwischen der EU und der Schweiz sichern

Die Landesregierung setzt sich als Brückenbauer zwischen der EU und der Schweiz ein. Ziel ist es, das gegenseitige Verständnis und den bilateralen Weg zu stärken. Dabei spielt die Kooperation mit den Schweizer Kantonen für Baden-Württemberg eine zentrale Rolle. Wir wollen dazu beitragen, die Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz auf ein stabiles Fundament zu stellen und weiter auszubauen. Dafür ist es wichtig, die institutionellen Rahmenbedingungen zwischen der Schweiz und der EU rechtssicher, verlässlich und offen für neue Kooperationsfelder auszugestalten. EU-Binnenmarktregele sind dabei zu beachten.

Die Landesregierung begrüßt daher den Abschluss der Verhandlungen über den sogenannten Paketansatz zur Klärung der institutionellen Fragen, Sicherung und Ausbau bestehender bilateraler Verträge sowie den Abschluss neuer Verträge. Aus Sicht der Landesregierung stellt das Verhandlungsergebnis einen ausgewogenen Kompromiss dar, von dem beide Seiten profitieren werden. Nun bedarf es auf beiden Seiten eines weiteren erkennbaren Handlungswillens, die Ratifizierung des Pakets baldmöglichst positiv abzuschließen.

Das bietet die Chance, tragfähige Antworten auf die gemeinsamen Herausforderungen der Zukunft zu finden. Insbesondere vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und des verschärften globalen Wettbewerbs durch die grüne und digitale Transformation müssen die EU und die Schweiz näher zusammenrücken.

„25 Jahre Bilaterale Abkommen der Schweiz mit der Europäischen Union – das ist eine große Erfolgsgeschichte für die Wirtschaft, insbesondere im Grenzraum zu Baden-Württemberg, geworden. Der zukünftige Erhalt und der Ausbau des gegenseitigen Marktzuwangs sowie verlässliche Spielregeln sind zentral und stärken die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaftsstandorte im internationalen Wettbewerb.“

Prof. Dr. Karin Stüber, Präsidentin der Handelskammer Deutschland-Schweiz

Beteiligung der Schweiz am EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation

Für die Wettbewerbsfähigkeit der EU und der Schweiz und für Baden-Württemberg spielt die enge Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung eine besondere Rolle. Das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont Europa“ (2021 bis 2027) fördert Wissenschaftsprojekte und trägt zur Bildung internationaler Forschungsnetzwerke bei. Im Zeitraum 2014 bis 2020 hatte mehr als jedes vierte Horizont-Projekt aus Baden-Württemberg einen Schweizer Partner.

Der zwischenzeitliche Ausschluss der Schweiz aus wichtigen Förderbereichen von „Horizont Europa“ schwächte nicht nur die Forschungsk Kooperation mit Baden-Württemberg, sondern die gesamteuropäische Forschungslandschaft in einem zunehmend globalen Wettbewerb. Baden-Württemberg begrüßt deshalb die vorläufige Assoziierung der Schweiz beim EU-Forschungsrahmenabkommen „Horizont Europa“ und unterstützt die im Verhandlungsergebnis des Paketansatzes vorgesehene dauerhafte Teilnahme der Schweiz an EU-Forschungs-, Innovations- und Bildungsprogrammen.

Ausbau der EU-Schweiz Beziehungen zu Zukunftsthemen

Baden-Württemberg plädiert dafür, dass die EU und die Schweiz ihre Beziehungen nicht nur bewahren, sondern weiter ausbauen, indem sie neue Abkommen zu Zukunftsthemen schließen. Dazu zählen insbesondere Abkommen in den Bereichen Gesundheit und Energie, wie im Verhandlungsergebnis des Paketansatzes vorgesehen. Die Corona-Pandemie und die Energiekrise zeigen deutlich, wie wichtig die grenzüberschreitende Abstimmung und Zusammenarbeit in Krisenfällen ist. Die von der EU organisierten Gremien und Agenturen sind dafür wichtige Instrumente, in die die Schweiz konsequent einbezogen werden sollte.

In Zeiten multipler Krisenlagen und des Klimawandels wächst auch die Bedeutung des grenzüberschreitenden Katastrophenschutzes. Baden-Württemberg unterhält hier eine beispielgebende Zusammenarbeit mit der Schweiz und setzt sich dafür ein, dass die Schweiz künftig auch am EU-Katastrophenschutzverfahren (UCPM) teilnehmen kann.



von links: Schweizer Bundespräsident Ignazio Cassis und Staatssekretär Florian Haßler am Stuttgarter Flughafen am 23. Juni 2022

Für die Bürgerinnen und Bürger sind Verbesserungen im grenzüberschreitenden Mobilfunk wichtig. Wir unterstützen daher eine Vereinbarung zur Teilnahme der Schweiz am EU-Roaming.

Für den europäischen Schüler- und Jugendaustausch spielt das Erasmus+ Programm der EU eine zentrale Rolle. Baden-Württemberg begrüßt deshalb die erneute uneingeschränkte Teilnahme der Schweiz am Erasmus+ Programm.

INTERREG A-Programme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit stärken

Einen wesentlichen Beitrag zur Förderung der Zusammenarbeit leisten die EU-Programme INTERREG A Oberrhein und Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein, an denen die Schweiz beteiligt ist. Um den Erfolg solcher Programme nachhaltig zu sichern, setzen wir uns für die Fortführung einer eigenständigen INTERREG-Verordnung über das Jahr 2027 hinaus ein. Diese Verordnung sollte eine Vereinfachung und Harmonisierung der Verwaltungsprozesse anstreben und gleichzeitig die Kooperationsmöglichkeiten mit Drittstaaten und Beitrittskandidaten gewährleisten. Der bewährte Bottom-up-Ansatz der Programme sollte dabei unbedingt erhalten bleiben. Eine Mittelsteuerung, die an nationale oder innerstaatliche Reformziele gekoppelt ist, würde den spezifischen Anforderungen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit nicht gerecht werden.

Darüber hinaus setzen wir uns bei der EU-Kommission für eine starke Mittelausstattung zumindest auf dem aktuellen Niveau und für einen zusätzlichen Inflationsausgleich ein. Zudem plädieren wir gegenüber der EU dafür, den Wechselkurs zum Zeitpunkt einer tatsächlichen Ausgabe für ein INTERREG-Projekt anzuerkennen und nicht erst zum Zeitpunkt der Ausgabenprüfung, um finanzielle Nachteile durch Wechselkursschwankungen zu vermeiden.

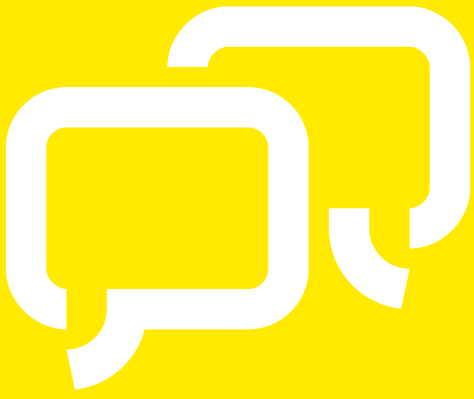


4. Bilaterale Zusammenarbeit mit der Schweiz stärken

Wir wollen die bilaterale Zusammenarbeit mit der Schweiz stärken, um gemeinsam zu Zukunftsthemen voranzugehen. Ein Beispiel dafür ist die Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und dem Kanton Basel-Stadt auf der Grundlage der gemeinsamen Absichtserklärung vom 29. April 2022. Diese begründet eine fortlaufende Kooperation in Zukunftsbereichen wie Europapolitik, nachhaltiger Mobilität, Klimaschutz und Energie sowie Digitalisierung im Gesundheitswesen, die auch mittels neuer, digitaler Formate fortgeführt werden soll.



Besuch des Smart City Lab Basel – Delegationsreise in die Schweiz vom 28. bis 29. April 2022



„Ich schätze den engen Dialog mit unseren Schweizer Partnern, vor allem auch mit den Grenzkantonen. Uns eint die Überzeugung, dass wir unsere Interessen bündeln und uns gemeinsam für die Zukunft aufstellen müssen.“

Winfried Kretschmann,
Ministerpräsident von Baden-Württemberg

4.1. Politischen Dialog pflegen, Netzwerke ausbauen

Politischen Austausch pflegen

Es besteht ein enger und vertrauensvoller bilateraler Austausch zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz auf allen Ebenen. Die Landesregierung möchte hierauf aufbauen und insbesondere den politischen Dialog zu Zukunftsthemen mit den Regierungen der Grenzkantone stärken. Dafür leisten Formate, wie der Kaminabend, der am 28. November 2023 in Stuttgart stattfand, einen wertvollen Beitrag.

Einen breiten und kontinuierlichen Austausch auf politischer und fachlicher Ebene gewährleisten die traditionsreichen grenzüberschreitenden Gremien am Oberrhein, Hochrhein und Bodensee.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird im Oberrheinrat und in der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz von unseren Parlamenten und Abgeordneten getragen.

Die Deutsch-französisch-schweizerische Regierungskommission, die trinationale Oberrheinkonferenz (ORK) und die Trinationale Metropolregion Oberrhein (TMO), die Hochrheinkommission, die Randenkommission sowie die Internationale Bodensee-Konferenz (IBK) und die EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) fördern persönliche Kontakte und sind Ausgangspunkt vieler grenzüberschreitender Aktivitäten. Die aktuellen Strategien der TMO (bis 2030), der Hochrheinkommission (2024 bis 2028) und der IBK (2023 bis 2027) wurden bei der Erarbeitung der vorliegenden Schweiz-Strategie einbezogen.

Ende 2024 hat Baden-Württemberg das Steuerrad für den Vorsitz in der IBK im Jahr 2025 übernommen. Das Land möchte in diesem Rahmen Schwerpunktthemen rund um den Bodensee mit den Schweizer Partnern voranbringen und bedeutenden Projekten für die Grenzregion zu mehr Sichtbarkeit verhelfen.

Konkret wollen wir die nachhaltige Mobilität voranbringen und uns für die Stärkung der Zusammenarbeit im Krisenmanagement einsetzen. Dazu zählt neben dem Erhalt und der Weiterentwicklung von Europas beliebtestem Radweg, dem Bodenseeradweg, die Verbesserung des Zugverkehrs – mit mehr grenzüberschreitenden Direktverbindungen, z.B. von Friedrichshafen nach Vorarlberg mit Anschlüssen in die Schweiz, und die Weiterverfolgung des Ziels der klimaneutralen Bodenseeschifffahrt. Daneben wollen wir die Bodenseeregion als bedeutenden und innovativen Wirtschaftsstandort sichtbarer machen sowie konkrete Projekte im Bereich der Digitalisierung und der KI vorantreiben.

Wir möchten auch zu den Wurzeln der IBK zurückkehren: zum Schutz von Umwelt und Natur. Invasive Arten, wie die Quaggamuschel, beeinträchtigen das Ökosystem und verursachen einen großen wirtschaftlichen Schaden. Diesen aktuellen Herausforderungen wollen wir uns widmen. Zudem werden wir den erfolgreich aufgegleisten Dialogprozess zum Kormoranmanagement und zum Fischartenschutz weiterverfolgen und konkrete Projekte mit ersten Maßnahmen anstoßen.

„Die beiden Rheinfelden handeln seit mehr als 20 Jahren grenzüberschreitend, getreu dem Motto: **zusammenarbeiten – zusammen wohnen – zusammen leben.**“

Franco Mazzi, Stadtmann von Rheinfelden (CH),
Präsident des Trinationalen Euro-district Basel



Vernetzung mit der kommunalen Zusammenarbeit ausbauen

Wichtige Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind die Kommunen, die enge Kontakte und kurze Drähte zu ihren Schweizer Partnern pflegen. Mit Projekten und ihren Angeboten für die Bürgerinnen und Bürger leisten sie einen wesentlichen Beitrag für den Dialog über Grenzen hinweg. Hier entstehen oft neue Ideen und innovative Ansätze.

Baden-Württemberg wird dafür werben, dass die regionalen Entscheidungsgremien und politischen Dachorganisationen, wie die Internationale Bodensee-Konferenz, stärker mit kommunalen und lokalen Akteuren vernetzt werden.

Auch außerhalb der Gremienarbeit kann der informelle Austausch mit den Kommunen gestärkt werden. Dafür soll an die baden-württembergisch-schweizerische Videokonferenz angeknüpft werden, die in der Corona-Pandemie für einen guten Austausch der Landkreise, Grenzkantone, des Landes sowie der betroffenen Bundesministerien auf beiden Seiten gesorgt hat.

Ebenso gilt es, die lokalen Akteure, die sich im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit engagieren, weiter zu stärken. Dazu können bestehende und neu zu entwickelnde grenzüberschreitende Weiterbildungsangebote, zum Beispiel bei der Verwaltungsakademie Bodensee oder des Euro-Instituts in Kehl, beitragen.

Vernetzung in Wirtschaft und Wissenschaft stärken

Bei Baden-Württemberg International (BW_i) wird ein Repräsentant oder eine Repräsentantin für die Schweiz etabliert. Ziel ist es, zur Vernetzung und Kooperation von Unternehmen, Hochschulen und

Forschungseinrichtungen in Baden-Württemberg und der Schweiz beizutragen und die Präsenz des Standorts Baden-Württemberg in der Schweiz in den Bereichen Wirtschaft und Wissenschaft zu erhöhen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Zukunftsthemen und Innovationsförderung.

Sichtbarkeit in Berlin und Bern fördern, Ausnahmen für Grenzümräume schaffen

Baden-Württemberg setzt sich für eine bessere Sichtbarkeit der Anliegen unserer Grenzümräume in Berlin, Bern und Brüssel ein und unterstützt den Austausch mit der nationalen Ebene. Auf Initiative Baden-Württembergs werden die Angelegenheiten der Grenzregionen bei hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern der nationalen und EU-Ebene ins Gespräch gebracht, um nachhaltige Verankerung zu finden.

Unser Ziel ist es, Hindernisse im Grenzverkehr zur Schweiz abzubauen. Dazu wollen wir Experimentierklauseln oder -räume im Sinne der Schaffung von Regelungen und Ausnahmetatbeständen für den Deutsch-Schweizer Grenzraum mit analytisch-wissenschaftlicher Unterstützung vorantreiben. Wir wollen dazu auch Reallabore, also Vorhaben und Räume, in denen experimentiert werden darf, in den Blick nehmen. Erfahrungen, die wir in der Arbeitsgruppe Grenzraumcheck des Ausschusses für Grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ) im Rahmen des Aachener Vertrages mit Frankreich gesammelt haben, wollen wir dabei explizit mit einbeziehen. Ein positives Beispiel könnten Erleichterungen für die Weitergabe von Gesundheitsdaten nach dem Vorbild der schweizerischen Regelungen sein, für die wir uns einsetzen.

4.2. Zivilgesellschaft einbeziehen, Bürgerbeteiligung und Demokratie stärken

Grenzüberschreitendes bürgerschaftliches Engagement fördern

Die Menschen im deutsch-schweizerischen Grenzraum leben einen grenzüberschreitenden Alltag. Das Zusammenleben kann nur wachsen, wenn es gemeinsam gestaltet wird. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördert die Vernetzung der Bürgerinnen und Bürger. Sie bezieht die Zivilgesellschaft als wichtigen Treiber und gleichberechtigte Kraft ein.

Kulturaustausch stärken, junge Menschen einbeziehen

Ein reiches Kulturerbe und eine lebendige Kulturarbeit verbinden die Menschen im Grenzraum zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz. Die rege Kulturarbeit in der Internationalen Bodensee-Konferenz ermöglicht eine enge Vernetzung und öffentlichkeitswirksame Projekte. Auch am Oberrhein werden kulturelle Kooperationsprojekte gefördert. Wir prüfen darauf aufbauende Initiativen und eine Stärkung der Teilhabe, beispielsweise durch einen Kulturpass.

Wir wollen die deutsch-schweizerische Zusammenarbeit auf die Zukunft ausrichten. Deshalb sollen junge Menschen gezielt einbezogen werden. Die Strategien der Hochrheinkommission (2024 bis 2028) und der Internationalen Bodensee-Konferenz (2023 bis 2027) sehen eine breite Förderung

junger Menschen und das Thema „Jugend und Zukunft“ vor. In der Internationalen Bodensee-Konferenz legt Baden-Württemberg in seinem Vorsitzjahr 2025 mit dem Dialog POPLÄND den Fokus auf populäre Musik, fördert so den künstlerischen Nachwuchs und möchte gezielt auch ein jüngeres Publikum ansprechen. Die Beteiligung junger Menschen spielt auch in der EUSALP eine wichtige Rolle. Hier arbeiten unter anderem baden-württembergische und schweizerische Jugendliche im EU-SALP-Jugendrat zusammen. Er dient als Raum für Dialog und die Entwicklung innovativer Lösungen für die Alpenregion.

Kleinprojekte fördern

Projekte der Zivilgesellschaft werden durch Begegnungs- und Kleinprojektfonds unterstützt. Die Internationale Bodensee-Konferenz, die Hochrheinkommission und der Trinationale Eurodistrict Basel bieten diese an. Finanziert werden Kleinprojekte unter anderem über die INTERREG-Programme Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein und künftig auch über das Oberrheinprogramm, bei dem sich Baden-Württemberg aktiv als Programmpartner einbringt. Diese Förderung werden wir bekannter machen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich künftig wieder Drittstaaten, wie die Schweiz, mit nationalen und kantonalen Fördermitteln direkt an grenzüberschreitenden Kleinprojekten beteiligen können.

„Ich fände es schön, wenn man kulturell mehr zusammenarbeiten würde, vor allem für ein größeres Angebot für Kinder und Jugendliche.“

Teilnehmerin eines Deutsch-Schweizer Bürgerdialogs in Waldshut-Tiengen



„Mich begeistert das Engagement der Menschen, ihren Deutsch-Schweizer Grenzraum gemeinsam zu bespielen und Nachbarschaft zu leben. Bürgerdialoge leisten dabei einen wichtigen Beitrag. Sie greifen konkrete Impulse vor Ort auf.“

Barbara Bosch, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung von Baden-Württemberg



Zuhören und beraten

Bürgerinnen und Bürger erleben täglich, wo die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gut läuft und wo es Hindernisse und Hürden gibt. Wir werden weiterhin grenzüberschreitende Bürgerdialoge durchführen und den Dialog unter der Zivilgesellschaft fördern. Damit nehmen wir die Wahrnehmungen, Impulse und Bedürfnisse der Menschen auf.

Konkrete Unterstützung für die Bürgerinnen und Bürger leistet INFOBEST, das Netzwerk der Informations- und Beratungsstellen für grenzüberschreitende Fragen am Oberrhein. Insbesondere die INFOBEST Palmrain ist von Bedeutung, da sie im Dreiländereck liegt und somit auch für Schweizerinnen und Schweizer ansprechbar ist. Das Netzwerk wird zu einem grenzüberschreitenden Service-Zentrum Oberrhein ausgebaut, um den Beratungsservice vor Ort zu verbessern und INFOBEST an das digitale Zeitalter anzupassen.

Gemeinsam für die Stärkung unserer Demokratien arbeiten

Mehr denn je müssen heute Demokratien gestärkt werden und zusammenarbeiten. So fördern wir in einer Zeit großer Umbrüche den gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirken Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft entgegen. Hier können Baden-Württemberg als Musterland der Bürgerbeteiligung und die Schweiz mit ihrer starken Tradition der direkten Demokratie viel voneinander lernen. Die Demokratiekonferenzen zwischen Baden-Württemberg und dem Kanton Aargau leisten einen wichtigen Beitrag für den Dialog und die Demokratieförderung. Den Austausch führen wir fort.



4.3. Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Zukunftsbranchen ausbauen, Bürokratie abbauen

Weltweit und auch im Verhältnis zwischen der EU und der Schweiz sind die Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsaustausch schwieriger geworden, obwohl gerade in der Transformation die Bedeutung grenzüberschreitender Kooperationen weiter steigt. Baden-Württemberg setzt sich deshalb für den Abbau bürokratischer Hürden ein und strebt einen Ausbau der Zusammenarbeit mit der Schweiz in Zukunftsbranchen an.

Bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, Abbau bürokratischer Hürden

Weil bilaterale Abkommen, wie das Mutual Recognition Agreement (MRA), zwischen der Schweiz und der EU derzeit nicht aktualisiert werden, entstehen neue technische Handelshemmnisse, wie mehr Bürokratie, höhere Kosten und fehlende Planungssicherheit, die Investitionen behindern. Die Landesregierung stellt sich daher hinter die Forderungen aus der Wirtschaft nach einer vorzeitigen Aktualisierung des MRA im Zusammenhang mit dem Verhandlungsabschluss über den Paketansatz zwischen der EU und der Schweiz.

Das Land setzt sich intensiv für den Abbau bürokratischer Hürden im Dienstleistungsverkehr mit der Schweiz ein, die insbesondere durch die 8-Tage-Voranmeldefrist, Kautionspflichten und Doppelsanktionen im Rahmen der flankierenden Maßnahmen zum Freizügigkeitsabkommen zwischen der EU und der Schweiz entstehen. Die Arbeit der auf Initiative Baden-Württembergs eingerichteten Trinationalen Arbeitsgruppe hat die Kommunikation und die Transparenz bei den grenzüberschreitenden Dienstleistungen verbessert. Doch bestehen bürokratische Belastungen vor allem für Handwerksbetriebe und andere kleine und mittlere Unternehmen fort, die weiter abgebaut werden sollten. Die im Verhandlungsergebnis zwischen der EU und der Schweiz vorgesehenen Erleichterungen in diesem Bereich sind aus Sicht des Landes sehr zu begrüßen.

Der grenzüberschreitende „Einkaufstourismus“ aus der Schweiz nach Südbaden ist eine volkswirtschaftliche Größe. Die Landesregierung setzt sich für eine Digitalisierung der Ausfuhr- und Abnehmerbescheinigungen ein, um die Bürokratie für Gastro-

nomie und Einzelhandel im deutschen Grenzraum abzubauen. Dafür bedarf es klarer Finanzierungszusagen des in Deutschland für den Zoll zuständigen Bundes und eines verbindlichen Zeitplans. Im Sinne eines reibungslosen Grenzverkehrs sollte die Kontrolldichte im Warenverkehr möglichst nicht erhöht werden. Dazu trägt auch eine transparente und praxisnahe Regelung der Wertfreigrenze bei der Wareneinfuhr in die Schweiz bei.

Vernetzung in der Gesundheitswirtschaft stärken

Besonders betroffen von Handelshemmnissen durch doppelte Zertifizierungen ist derzeit die Gesundheitswirtschaft, die mit Innovationen wie der personalisierten Medizin, ein herausragendes Potenzial für Baden-Württemberg und die Schweiz bietet. Deshalb wollen wir mit der Landesagentur BIOPRO Baden-Württemberg im Rahmen eines Internationalisierungsprojektes und in Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg International Unternehmen, Einrichtungen und Cluster auf beiden Seiten stärker vernetzen und direkte Kooperationen unterstützen. Dabei sollen auch die Erfahrungen aus dem Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg genutzt werden.

Megatrend Digitalisierung und KI gemeinsam voranbringen

Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Schweiz in der Digitalisierung wollen wir fortsetzen. Um den grenzüberschreitenden Austausch und Kooperationen weiter auszubauen und Synergien zu nutzen, soll insbesondere die „Digitalisierungsinitiative Bodensee“ als Leuchtturmprojekt mit dem Bodensee-Zentrum Innovation fortgeführt werden.

Gerade die Künstliche Intelligenz (KI) als Schlüsseltechnologie für die Wettbewerbsfähigkeit bietet ein großes Potenzial für unsere Standorte. Baden-Württemberg und die Schweiz sind bereits heute Heimat erstklassiger Ökosysteme. In Baden-Württemberg spielen das Cyber Valley, Europas größte KI-Forschungsk Kooperation, der in Heilbronn entstehende Innovation Park Artificial Intelligence (IPAI) als europaweit größtes Wertschöpfungs-Zentrum für KI-basierte Produkte und Dienstleistungen

„Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Zürich und Baden-Württemberg hat Tradition. Zu den vielen Kooperationen der ETH Zürich ist nun noch eine strategische Partnerschaft mit der Dieter-Schwarz-Stiftung hinzugekommen. Unser neues Engagement soll nicht nur dazu beitragen, den Bildungscampus in Heilbronn weiter zu entwickeln. Wir wollen mit unseren Partnern auch Innovationen in digitalen Schlüsselbereichen vorantreiben, die zum Nutzen der ganzen Gesellschaft sind.“

Prof. Dr. Joël Mesot, Präsident der ETH Zürich



sowie hochkarätige Cluster in allen Teilen des Landes eine herausragende Rolle – mit exzellenten Verbindungen beispielsweise zur ETH Zürich.

Die Landesregierung strebt daher eine vertiefte Zusammenarbeit mit der Schweiz an, um gemeinsam die Entwicklung von ethisch verantwortungsvollen und robusten europäischen KI-Lösungen voranzutreiben. Dabei sollen auch die Start-up-Förderung mit dem Start-up BW Summit und die von Baden-Württemberg International gegründete International AI Alliance genutzt werden, der die Schweizer Wirtschaftsförderung Switzerland Global Enterprise angehört.

Blockchain-Technologien spielen ebenfalls eine wichtige Rolle in der Digitalisierung von Wirtschaft und Verwaltung, etwa bei der klimaneutralen Energieversorgung, bei industriellen Prozessen oder der Identifizierung bei Behörden. Baden-Württemberg möchte sich hier gezielt mit der schweizerischen Modellregion Kanton Zug zu Potenzialen und Erfahrungen austauschen.

Wirtschaftsaustausch fördern, Unternehmen für den Standort gewinnen

Die Luft- und Raumfahrtbranche, die in Baden-Württemberg stark ist und vielfach die Funktion eines Technologieschrittmachers einnimmt, bietet aus Sicht der Landesregierung ein Zukunftsfeld für die Kooperation mit der Schweiz. Der Bodensee ist einer der Schwerpunkte der baden-württembergischen Luft- und Raumfahrt und das Cluster „BodenseeAIRea“ der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis ist das regionale Branchennetzwerk. Auch das „Forum Luft- und Raumfahrt Baden-

Württemberg e.V.“ zählt Schweizer Unternehmen zu seinen Mitgliedern. Am Technikcampus Friedrichshafen der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) Ravensburg wird der Studiengang Luft- und Raumfahrttechnik als duales Studium in Kooperation mit Unternehmen angeboten. Hier kann mit grenzüberschreitenden Aktivitäten, die beispielsweise den Innovationspark Zürich auf dem Areal des Flugplatzes Dübendorf, das Testfeld eFliegen BW in Mengen-Hohentengen sowie den Space Hub Universität Zürich einbinden, an die Luft- und Raumfahrtstrategie des Landes angeknüpft werden.

Der Bau- und Gebäudesektor gehört aufgrund des hohen Energie- und Rohstoffverbrauchs und der Abfallthematik zu den ressourcenintensiven Wirtschaftsbereichen. Es ist daher ausgewiesenes Ziel der Landesregierung, die Transformation und Digitalisierung der Bauwirtschaft hin zu mehr Innovation, Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung voranzutreiben und zugleich die Bezahlbarkeit des Bauens und Wohnens sicherzustellen. Die Schweiz gilt im innovativen Planen und Bauen als Vorbild. Die Landesregierung strebt daher einen verstärkten Austausch mit der Schweiz zu Bauthemen und die Entwicklung geeigneter Aktivitäten an.

Im Rahmen der Ansiedlungsstrategie des Landes wird ein besonderer Schwerpunkt auf die Gewinnung und Betreuung von Investoren aus der Schweiz gelegt.

Die geplanten Maßnahmen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Mobilität und Kultur, können einen Beitrag dazu leisten, den Tourismus als wichtigen Faktor für das Wirtschaftswachstum und den interkulturellen Austausch in der Region weiter zu stärken.

4.4. Wissenschafts- und Forschungskooperation stärken

Wissenschaftskooperation ist heute angesichts des globalen Innovationswettbewerbs wichtiger denn je. Zwischen Hochschulen in Baden-Württemberg und in der Schweiz bestehen bereits heute 130 Hochschulkooperationen (Quelle: Hochschulrektorenkonferenz, Stand 15.04.2024).

Wissenschafts- und Forschungskooperation bilateral ausbauen

Baden-Württemberg verfolgt das Ziel, die bestehenden Kooperationen mit der Schweiz in Wissenschaft und Forschung weiter auszubauen und den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in Wirtschaft, Politik und Verwaltung sowie in der Breite der Gesellschaft zu stärken.

Neben der wichtigen Zusammenarbeit im EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“ müssen verstärkt auch die Möglichkeiten der bilateralen wissenschaftlichen Kooperation ausgelotet, genutzt und ausgebaut werden. Bestehende Formate wie der EVTZ mbH Wissenschaftsverbund Vierländerregion Bodensee (ehemals: Internationale Bodenseehochschule), der Verbund der oberrheinischen Universitäten EVTZ „Eucor – The European Campus“ und der Verein der Hochschulen für angewandte Wissenschaften am Oberrhein „TriRhena-Tech e.V.“ bilden hierfür eine exzellente Grundlage. Zudem können die Makroregionale Strategie der EU für den Alpenraum (EUSALP) und das INTERREG B-Alpenraumprogramm Chancen für zusätzliche gemeinsame Aktivitäten bieten.

Gemeinsame Studiengänge, wie beispielsweise der trinationale Eucor-Masterstudiengang LL.M. Rechtswissenschaften, der Eucor-Masterstudiengang Pflanzenwissenschaften oder der grenzüberschreitende Masterstudiengang Sustainable Business Management ermöglichen es, junge Menschen grenzüberschreitend auszubilden.

Gemeinsam Zukunftstechnologien voranbringen

Beim Ausbau der wissenschaftlichen Zusammenarbeit sollen Themen im Fokus stehen, die für Baden-Württemberg und die Schweiz von zentraler Bedeutung sind:

- **Zukunftstechnologien** wie KI, Quantensensorik und Quantencomputing sowie Luft- und Raumfahrt,
- die Erforschung von Potenzialen und Risiken der **Digitalisierung**,
- **Lebenswissenschaften**, beispielsweise personalisierte Medizin, Medizintechnik und Genomik sowie
- **Umwelt- und Klimaforschung** und der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen inklusive **Biodiversität**.

Zu diesen und vielen weiteren Themen wird in den wissenschaftlichen Einrichtungen Baden-Württembergs und der Schweiz bereits erstklassige Forschung betrieben, an die wir mit einem Ausbau der Zusammenarbeit anknüpfen können. Beispielsweise wollen wir das Projekt CLINNOVA zu digitalen Gesundheitslösungen und personalisierter Medizin nach Möglichkeit fortführen. Mit einer deutsch-schweizerischen Wissenschaftskonferenz am 3. Mai 2024 an der Universität Konstanz wurde die Zusammenarbeit der Hochschulen und Forschungseinrichtungen weiter vorangebracht. Gemeinsam mit dem Kanton Zürich wollen wir zudem auf der Grundlage des gemeinsamen Memorandum of Understanding vom 2. Februar 2024 die wissenschaftliche Zusammenarbeit weiter gezielt stärken.



Universitätsgelände Konstanz



Der Innovationscampus Cyber Valley baut seine internationale Vernetzung stetig aus. Ein Leuchtturm ist die herausragende Zusammenarbeit im KI-Netzwerk ELLIS (European Laboratory for Learning and Intelligent Systems), die weiter vertieft werden soll. Ziel dieser gesamteuropäischen Initiative ist es, die europäische Forschungsexzellenz im Bereich des maschinellen Lernens und verwandter Gebiete zu fördern und die Souveränität Europas bei der Forschung zu KI zu sichern. ELLIS Units gibt es derzeit in 14 Ländern, unter anderem im Cyber Valley in Stuttgart und Tübingen, in Freiburg und Heidelberg sowie in Zürich und Lausanne. Das weltweit erste ELLIS-Institut nahm seine Tätigkeit 2023 im Cyber Valley in Tübingen auf.

Die Zusammenarbeit mit der Schweiz im Bereich der Quantentechnologie ist wichtig, um die Forschung schneller voranzutreiben und in die Anwendung zu bringen. In Baden-Württemberg besteht mit der Landesinitiative Quantum^{BW} ein starkes Netzwerk aus Wissenschaft, Industrie und Start-ups, das Vernetzung und Austausch auch mit der Schweiz fördern möchte.

Einen wichtigen Beitrag zum Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in Wirtschaft und Gesellschaft leisten gemeinsame Einrichtungen, wie die An-Institute der Konstanzer Hochschulen im benachbarten Thurgau. Zu den bereits bestehenden drei Thurgauer An-Instituten – Biotechnologie-Institut Thurgau (BITg), Thurgauer Wirtschaftsinstitut (TWI) und Institut für Werkstoffsystemtechnik Thurgau (WITg) – ist 2024 das Thurgauer Institut für Digitale Transformation (TIDIT) hinzugekommen.

Eucor stärken, Brückenprofessuren ausbauen

Im Rahmen von „Eucor – The European Campus“ wird die Zusammenarbeit des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) und der Universität Freiburg mit der Universität Basel sowie den elsässischen Universitäten Strasbourg und Haute-Alsace ausgebaut. Ein besonders hervorzuhebendes Instrument sind die Brückenprofessuren, die auch mit der Universität Basel eingerichtet werden. Einen baldigen Ausbau der Brückenprofessuren im Bereich der personalisierten Medizin streben wir an. Dieses Zukunftsfeld ist für den Wirtschaftsstandort Oberrhein wie auch für den gesamten Gesundheitsbereich von großer Bedeutung und ein strategischer Schwerpunkt von Eucor und der Universität Basel.

Europäische Forschungskooperation mit dem CERN vertiefen

Ein weiteres Beispiel für die Kooperation in der Spitzenforschung ist die Europäische Kernforschungsorganisation CERN mit Sitz in Genf. Hier forschen Spitzenwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus 23 Staaten, darunter auch der Universitäten Heidelberg, Tübingen und des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT). Das „CERN Technical Student Programme“ bietet Studierenden der Informatik und der Ingenieurwissenschaften die Möglichkeit, Studien- und Praktikumsaufenthalte am CERN zu absolvieren. Aktuell beteiligen sich die Hochschulen für angewandte Wissenschaften Karlsruhe, Esslingen und Offenburg sowie das KIT an diesem Programm. Die Teilnahme weiterer Hochschulen ist möglich und wünschenswert.



„Der oberrheinische Hochschulverbund „Eucor – The European Campus“ ist ein Vorzeigeprojekt in Europa mit Vorbildcharakter für die europäischen Universitätsallianzen. In diesem Rahmen sehen wir immer wieder, wie sehr Baden-Württemberg und die Schweiz von einer engen und intensiven wissenschaftlichen Zusammenarbeit profitieren. Wir haben ähnliche Interessen, komplementäre Stärken und teilen dieselben Werte. Wir freuen uns darauf, diesen Weg auch in Zukunft gemeinsam zu beschreiten.“

**Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andrea Schenker-Wicki,
Rektorin der Universität Basel**

4.5. Grenzüberschreitende Bildung fördern

Bildungs Kooperation stärken

Für Baden-Württemberg und die Schweiz spielt die Bildung eine zentrale Rolle – für die Zukunft der heranwachsenden Generation, für den Wirtschaftsstandort und für die Demokratie in unseren Ländern. Kinder und Jugendliche profitieren davon, wenn sie das Nachbarland besser kennenlernen und so das grenzüberschreitende persönliche Miteinander weiter intensiviert wird. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Hospitation, den Lehrkräfteaustausch in den Grenzregionen sowie berufsbildende Praktika für Schülerinnen und Schüler diesseits und jenseits von Hochrhein und Bodensee stärken.

Mit Blick auf eine zukunftsorientierte Lehrkräftebildung ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Hochschulen von besonderer Bedeutung. So kooperieren die Pädagogische Hochschule Thurgau und die Universität Konstanz mit ihrer Binational School of Education (BiSE) erfolgreich im Studiengang für das Lehramt Gymnasium.

Schwerpunkte in der beruflichen Bildung und in MINT-Fächern

Ein Schwerpunkt liegt im Bereich der beruflichen Bildung. Die gemeinsame Tradition der dualen Berufsausbildung ist für Baden-Württemberg und die Schweiz eine Basis ihres Renommées für Produkte und Dienstleistungen auf höchstem Niveau

und ein Grund für die sehr geringe Jugendarbeitslosigkeit, die beide Länder auszeichnet. Um diesen Standard zu erhalten und weiterzuentwickeln, streben wir eine Kooperation von beruflichen Schulen in den Themenfeldern „Industrie 4.0“ und „Smart Energy“ an, die für beide Seiten gewinnbringend ist. Einen Ausbau der Zusammenarbeit in weiteren gesellschaftlich relevanten Themenfeldern wollen wir prüfen.

Dasselbe gilt für die Zusammenarbeit in den MINT-Fächern, die für beide Hochtechnologiestandorte besonders wichtig sind. Mit der Stärkung des MINT-Bereichs trägt Baden-Württemberg der herausragenden Bedeutung dieser Fächer Rechnung und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Nachwuchsförderung.

Gemeinsam demokratische Bildung fördern

Ein Fokus der Zusammenarbeit wird ferner auf die Demokratieerziehung gelegt. Mit der Einrichtung einer neuen „Arbeitsgruppe Bildung“ in der Internationalen Bodensee-Konferenz sollen institutionalisierte, grenzüberschreitende Begegnungen zwischen Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräftefortbildungen, auch unter Einbeziehung der Universitäten oder Schools of Education, ermöglicht werden.



„Wir wollen Wissen und gute Bildungsgrundlagen für alle, um in Zukunft in der Region weiterhin mit Argumenten Demokratie zu gestalten.“

Teilnehmerin eines Deutsch-Schweizer
Bürgerdialogs in Waldshut-Tiengen

4.6. Nachhaltige Mobilität ausbauen und grenzüberschreitende Räume planen

Grenzüberschreitende Mobilität ausbauen, Infrastruktur und Angebote verbessern

Die Vernetzung im Verkehr zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz ist eine zentrale Voraussetzung für die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit und die grenzüberschreitende Alltagsmobilität der Bürgerinnen und Bürger. Die Verbesserung und der Ausbau der grenzüberschreitenden Mobilität ist daher ein Schwerpunkt in der Zusammenarbeit. Ziel ist es, gemeinsam den Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern und den grenzüberschreitenden öffentlichen Personenverkehr auszubauen, Intermodalität und selbstaktive Mobilität zu fördern, Fahrpläne abzustimmen und attraktive Tarife für den Grenzraum anzubieten.

Strukturierende Projekte in der Internationalen Bodensee-Konferenz, wie „Bodanrail 2045“ mit einer abgestimmten Angebotsplanung rund um den Bodensee oder die trinationale S-Bahn Basel, leisten dazu einen wesentlichen Beitrag. Der grenzüberschreitende Schienenverkehr wird mit besserer Taktung und mehr Direktverbindungen verbessert – und somit eine Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene erreicht. Dazu zählen auch der angestrebte Ausbau und die Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn.

Grenzüberschreitende Ticketangebote und Reiseinformationen wollen wir ausbauen. Dazu wollen wir insbesondere die Einführung eines grenzüberschreitenden Bodensee-Tarifs mit einem einheitlichen Ticketing gemeinsam mit den Verkehrsverbünden und den Partnern in der Schweiz prüfen.

Mit der vollständigen Elektrifizierung der Hochrheinbahn und dem Ausbau zwischen Basel und Erzingen bis Ende 2027 wird die Einführung einer durchgehenden Expressverbindung von Basel über Schaffhausen und Konstanz bis St. Gallen möglich.

Eine hohe Bedeutung haben die Rheintalbahn und die Gäubahn als großräumige Schienenverbindungen. Der Ausbau der Gäubahn als Kernstück der Direktverbindung zwischen den Metropolräumen Stuttgart und Zürich ist im Bundesschienenwegeausbaugesetz als „Vordringlicher Bedarf“ verankert.

Hauptziel ist eine spürbare Reisezeitverkürzung sowie der Ausbau zu einer vollwertigen Umleitungsstrecke im Schienengüterverkehr. Die Landesregierung setzt sich gegenüber dem Bund und der Deutschen Bahn weiter für die zügige und bedarfsgerechte Umsetzung ein.

Die Rheintalbahn ist als Teil der wichtigsten Nord-Süd-Magistrale Rotterdam – Genua eine „Hauptschlagader“ des europäischen Güterverkehrs und soll als Zulaufstrecke zur Schweizer Neuen Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT) den wachsenden alpenquerenden Verkehr auf die Schiene verlagern. Dazu trägt auch das trinationale Containerterminal Gateway Basel Nord bei. Für Baden-Württemberg hat der zügige Aus- und Neubau der Rheintalbahn mit einer nachhaltigen Planung, die Rücksicht auf Mensch und Umwelt nimmt, eine besondere Priorität. Das Land beteiligt sich dabei auch an Mehrkosten, die durch eine menschen- und umweltverträglichere Umsetzung entstehen.

Nachhaltige Mobilität fördern – emissionsfreie Bodenseeschifffahrt

Im Rahmen der Internationalen Bodensee-Konferenz engagieren wir uns für einen klimaneutralen Bodensee. Das gilt perspektivisch auch für die Schifffahrt auf dem See, für die schrittweise Maßnahmen entwickelt werden sollen. Die Landesregierung setzt sich – auch mit Blick auf die Klimaziele des Landes – für eine gemeinsame und konkrete Strategie der Anrainerstaaten ein, um die Mobilität auf dem Bodensee bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu gestalten und dafür auch neue Technologien zu nutzen. Ein erster Meilenstein war 2022 die Inbetriebnahme des Elektroschiffs „MS Insel Mainau“ und der vom Land geförderten Landstromanlagen. Entsprechend der Roadmap reFuels BW sollen auf dem Bodensee zudem klimaneutrale Kraftstoffe zum Einsatz kommen.



„Wir können es so zusammenfassen: Der öffentliche Nahverkehr soll einfach sein, günstig und überregional. Und dann visionär die Bodensee-region besser an den Fernverkehr anschließen.“

Teilnehmer eines Deutsch-Schweizer Bürgerdialogs in Konstanz



Verkehrsstudie Hochrhein-Bodensee umsetzen

Als Grundlage zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Straßenverkehrsnetzes zur Entspannung der Stausituation im Straßengüterverkehr zwischen der Schweiz und Deutschland wurde die Verkehrsstudie Hochrhein-Bodensee erstellt. Die Umsetzung der identifizierten Maßnahmen, darunter zusätzliche Rheinbrücken, und die gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit haben Baden-Württemberg und der Kanton Aargau in einem „Letter of Intent“ vereinbart. Die Projektplanung für eine zusätzliche Rheinbrücke Waldshut (D) – Koblenz (CH) soll weiterhin in engem Austausch zwischen dem Kanton Aargau und dem Regierungsrat Freiburg erfolgen. Die Landesregierung setzt sich bei den zuständigen nationalen Zollverwaltungen zudem für Verbesserungen in der Zollabfertigung ein – auch durch eine weitere Digitalisierung.

Grenzüberschreitenden Rad- / Fußverkehr fördern

Baden-Württemberg fördert Projekte für den grenzüberschreitenden Rad- und Fußverkehr, um eine Verlagerung der Verkehrsströme auf umweltschonendere Verkehrsträger zu erreichen. So wird zukünftig beispielsweise die kommunale Rad-schnellverbindung im Wiesental zwischen Lörrach und Schopfheim einen wichtigen Beitrag, insbesondere für Pendlerinnen und Pendler, in der Metropolregion Basel leisten. Die von Baden-Württemberg im Rahmen der Internationalen Bodenseekonferenz gestartete Qualitätsoffensive für den Bodensee-Radweg, der für den Tourismus und den Alltagsradverkehr wichtig ist, trägt ebenfalls zur Förderung des grenzüberschreitenden Radverkehrs bei.

Um für die langfristige Erfolgskontrolle und Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Radverkehrsförderung eine gute Datengrundlage zu schaffen, wird die Aufstellung von Zählstellen für den Radverkehr an geeigneten Grenzübergängen angestrebt

Gemeinsam die Chancen der Digitalisierung nutzen

Interessante Kooperationsmöglichkeiten ergeben sich bei den Mobilitätsdaten und digital gestützten Mobilitätsdiensten. So nutzen beispielsweise die Basler Verkehrsbetriebe Auskunftssysteme der baden-württembergischen NVBW. Zudem wurde ein gemeinsames Management-System für Störungsmeldungen entwickelt. Den Austausch intermodaler Mobilitätsdaten – vorwiegend in Echtzeit – und die Schaffung gemeinsamer Services wollen wir weiter voranbringen.

Dialog zu Verkehrsthemen fortführen

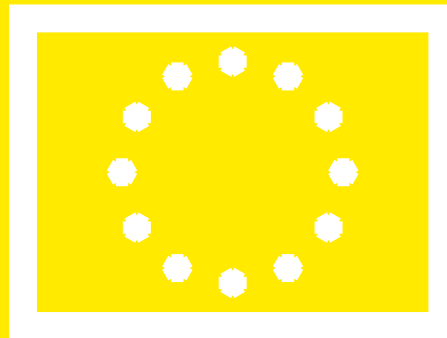
Die erfolgreiche regelmäßige Verkehrstagung zwischen Baden-Württemberg und dem Kanton Zürich dient dem Austausch zu sämtlichen Verkehrsthemen und soll fortgeführt werden.

Flughafen Zürich

Im langjährigen Streit um den Flughafen Zürich setzt sich das Land auf der Grundlage der „Stuttgarter Erklärung“ beim für die An- und Abflüge über deutsches Gebiet zuständigen Bund und im Austausch mit den Schweizer Ansprechpartnern für eine einvernehmliche und nachhaltige Lösung ein, die den Belangen der Bevölkerung gerecht wird. Tragfähige Lösungen müssen die Menschen in der Region einbinden und im Ergebnis Verbesserungen bei der Lärmbelastung in Südbaden und eine Reduzierung der Flugbewegungen über deutschem Gebiet durch eine gerechtere Verteilung bringen.

„Europa ist im Alltag der Menschen im Dreiländer-eck selbstverständlich und die Grenzen werden kaum mehr wahrgenommen. Dass das auch in administrativer und raumplanerischer Hinsicht passiert, ist erklärtes Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Nur zusammen können wir die Lebensqualität für die Menschen beiderseits des Rheins verbessern.“

Landrätin Marion Dammann, Landkreis Lörrach



Abstimmung in der grenzüberschreitenden Raumplanung

Neben der Verkehrsplanung ist auch eine grenzüberschreitende Raumordnung und -planung wichtig. Dazu gehört die Bereitstellung relevanter Geodaten, der Informationsaustausch und die Beteiligung bei räumlichen Gesamtplanungen und raumbedeutsamen Vorhaben sowie die Entwicklung gemeinsamer Perspektiven und Lösungen. Insbesondere sollen die Ober- und Mittelzentren auf beiden Seiten der Grenze, von beispielsweise bis Basel, in die räumliche Planung des Nachbarlands einbezogen werden. Bei einer darauf aufbauenden Gestaltung der Förderprogramme wie den Agglomerationsprogrammen der Schweiz ist eine gegenseitige Berücksichtigung der räumlichen Projekte wünschenswert.

In einem neuen Staatsvertrag soll der gesamte Verlauf der Grenze von Konstanz bis Basel zwischen Deutschland und der Schweiz festgehalten sowie die Vermarkung und die Unterhaltung der Grenze geregelt werden. Änderungen des Grenzverlaufs sind nur im Rhein vorgesehen, wo anstelle des Talwegs (tiefste Stelle) künftig einheitlich die Mitte des Rheins Grenze sein soll. Der finalisierte Vertragsentwurf nimmt Rücksicht auf die bisherige gewachsene Praxis und die gut funktionierende Kooperation zwischen den deutschen und schweizerischen Behörden vor Ort.

Im Rahmen der Oberrheinkonferenz sind das grenzüberschreitende Raumbeobachtungssystem für das Oberrheingebiet (GeoRhena) und das „Raum

konzept Oberrhein“ bedeutsam, das den bisherigen raumordnerischen Orientierungsrahmen aus dem Jahr 2001 abgelöst hat.

In der Internationalen Raumordnungskommission Bodensee erfolgt eine frühzeitige gegenseitige Information. Wichtig sind auch die grenzüberschreitenden Agglomerationsprogramme der Schweiz, denen strategische Bedeutung auch für Baden-Württemberg zukommt. Für den Hochrhein-Korridor der trinationalen Agglomeration Basel wird ein grenzüberschreitendes Raumkonzept erstellt.

Auch die Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg bietet Chancen, einen zukunftsorientierten Rahmen für die Grenzregionen zu formulieren und in den Handlungsfeldern regionale Flächenkoordination, Wirtschaftsentwicklung, Mobilität, Tourismus und Freiraumsicherung kooperative Lösungen zu entwickeln. Bezahlbarer Wohnraum ist dabei ein wichtiges Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. Gemeinsam mit den Schweizer Partnern werden auch Anknüpfungspunkte bei der Aktualisierung des Raumkonzepts Schweiz diskutiert.

Grenzüberschreitende Bedeutung haben insbesondere das Entwicklungsprojekt 3Land in Basel und das im Aufbau befindliche Gewerbegebiet „Sisslerfeld“ im Kanton Aargau. Im Sisslerfeld entsteht ein international bedeutender Pharma-Standort mit tausenden von neuen Arbeitsplätzen. Frühzeitige Information und eine enge grenzüberschreitende Abstimmung sollten das Projekt daher begleiten.

4.7. Gemeinsam Energieversorgung sichern und die Energiewende meistern

Klimaschutz und Energiewende erfordern einen Schulterschluss über Grenzen hinweg. Ziel ist es daher, die erfolgreiche Energiekooperation mit der Schweiz auszubauen und am Oberrhein, Hochrhein und Bodensee gemeinsame Lösungen zur Erreichung der Klimaschutzziele zu suchen. Beispielsweise soll die Trinationale Metropolregion Oberrhein durch die Kooperation im Dreiländereck im europäischen Vergleich eine Vorreiterrolle in den Bereichen Klimaschutz und erneuerbare Energieversorgung einnehmen. Gemeinsame Projekte sollen dazu beitragen, die Ziele des Klimaschutzes und der Energiewende schneller und besser zu erreichen. Die Arbeit des Energienetzwerkes TRION-climate e.V. soll dabei helfen und wird unterstützt.

Versorgungssicherheit durch grenzüberschreitenden Stromaustausch stärken

Eine enge Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz ist beim grenzüberschreitenden Stromhandel und beim Netzausbau notwendig. Eine Intensivierung des Stromaustauschs stärkt die Stromversorgungssicherheit, die sich in Deutschland und der Schweiz auf einem sehr hohen Niveau befindet.

Mit einer neuen Gleichstromverbindung zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz könnte die Übertragungskapazität erweitert und durch die regional unterschiedliche Zusammensetzung der erneuerbaren Erzeugung, deren Integration in das Stromsystem verbessert und die Versorgungssicherheit erhöht werden. Erste Überlegungen dazu gibt es derzeit im Rahmen der Planungen der deutschen Übertragungsnetzbetreiber zum Netzentwicklungsplan Strom 2023 bis 2037/2045 und im Rahmen des Ten-Year Network Development Plan (TY-NDP) der europäischen Übertragungsnetzbetreiber.

Aufbau einer grenzüberschreitenden Wasserstoffwirtschaft

Wasserstofftechnologie spielt eine zentrale Rolle beim Umbau des Energiesystems zur Erreichung der Klimaschutzziele und als Wirtschaftsfaktor. Baden-Württemberg hat bedeutende Kompetenzen in der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie – etwa in der Zulieferindustrie, im Maschinen- und Anlagenbau sowie mit exzellenten Forschungseinrichtungen. Diese Zukunftspotenziale wollen wir in Zusammenarbeit mit der Schweiz nutzen, etwa für eine Transport- und Pipelineinfrastruktur für grünen Wasserstoff.

Mit Blick auf die Leitungsinfrastruktur stellt die Rheinschiene eine Option für die Wasserstoffversorgung Baden-Württembergs dar. Die Industrieregion Freiburg/Basel/Hochrhein kann sich zu einem wichtigen Wasserstoffhub entwickeln. Entlang des Hochrheins soll eine Wasserstoffpipeline von Grenzach-Whylen nach Waldshut entstehen, über die Industrie- und Verkehrskunden auf beiden Seiten des Hochrheins bedient und perspektivisch mit dem Schweizer Wasserstoffnetz verbunden werden sollen. Sie ist Teil des nationalen Wasserstoffkernnetzes.

In der Region Albbruck wird derzeit die Projektidee einer Wasserstofferzeugung in größeren Elektrolyseuren verbunden mit einer regionalen Versorgung (u. a. Pipeline) entlang des Hochrheins verfolgt.

Bis zur vollständigen Anbindung an das europäische Wasserstoff-Fernleitungsnetz bieten solche Initiativen Chancen, die Versorgung mit grünem Wasserstoff voranzutreiben und die Standortattraktivität für die Industrie in beiden Ländern zu steigern. Auf Länder- und kommunaler Ebene gibt es dazu verschiedene Initiativen, Projekte und Aktivitäten, die auf ihr weiteres Kooperationspotenzial hin geprüft werden sollen.



„Wir stehen an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter der Energieversorgung. Die Nutzung von Wasserstoff als grüner Energieträger, aber auch die Förderung grenzüberschreitender Wärmeprojekte sind für unsere Kreisstadt und unsere Region nicht nur eine technologische Notwendigkeit, sondern auch ein starkes Zeichen für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung.

Nur gemeinsam können wir die Energiewende meistern und eine belastbare, effiziente und umweltschonende Energie-zukunft gestalten.“

Martin Gruner, Oberbürgermeister von Waldshut-Tiengen

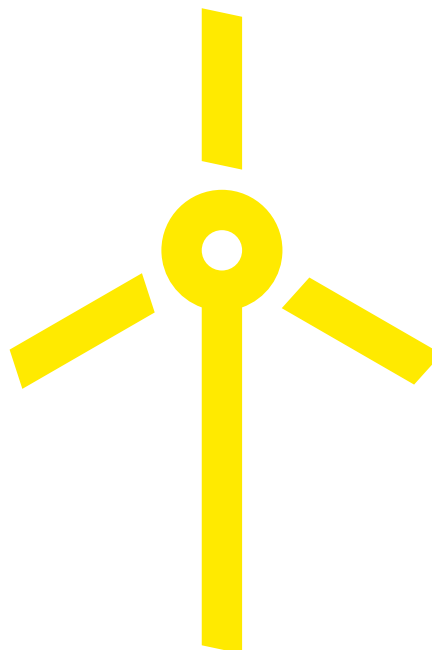


Gemeinsam die Wärmewende schaffen

Die Wärmewende bietet ebenfalls Potenzial für den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz. In Betracht kommen die Intensivierung des kommunalen Austauschs zur Wärmeplanung, grenzüberschreitende Wärmenetze oder Abwärmeprojekte mit Flusswärme aus dem Rhein oder Bodensee. Modelle sind unter anderem die Stadt Lörrach, die seit über 25 Jahren Schweizer Erdwärme über ein nachbarschaftliches Wärmenetz nutzt, oder Vorhaben verschiedener Städte, beispielsweise Konstanz und Kreuzlingen/Schweiz, zur Nutzung von Wärmeenergie aus dem Bodensee. Für den Raum Hochrhein-Oberrhein-Wiesental wird derzeit mit Schweizer Beteiligung eine aus Bundesmitteln unterstützte Machbarkeitsstudie für einen gemeinsamen grenzüberschreitenden Wärmeverbund durchgeführt.

Austausch über CCU/S-Technologien

Baden-Württemberg ist offen für einen Austausch mit Schweizer Partnern über Möglichkeiten der Nutzung von Technologien zum CO²-Management und zur CO²-Abscheidung, -Nutzung und -Speicherung (CCU/S - carbon capture and utilization/storage). Im Fokus stehen hierbei nicht oder nur schwer vermeidbare Treibhausgasemissionen und eine künftige CO²-Transportinfrastruktur aus der Schweiz über Baden-Württemberg.



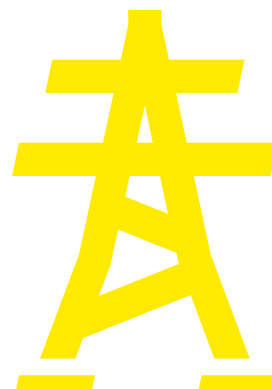


Gleiche Berücksichtigung im Schweizer Endlagerverfahren und Schweizer Kernkraftwerke

Im Schweizer Endlagerverfahren konkretisiert sich mit dem Standortvorschlag der Region Nördlich Lägern und der externen Brennelemente-Verpackungsanlage am Standort Würenlingen (Kantone Aargau, Zürich) in unmittelbarer Nähe der Gemeinde Hohentengen die Betroffenheit der grenznahen baden-württembergischen Bevölkerung. Für das Land ist wichtig, eng über Fragestellungen, wie radiologische Auswirkungen oder den Grundwasserschutz informiert und in Stellungnahmeverfahren eingebunden zu werden. Neben den konventionellen Umweltauswirkungen müssen auch die radiologischen Auswirkungen des Endlagers frühzeitig im Rahmen einer grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung geprüft werden. Bei der Realisierung des Endlagervorhabens ist es aus Sicht der Landesregierung zwingend erforderlich, sämtliche Sicherheitsbarrieren so umzusetzen, dass eine Minimierung möglicher Umweltauswirkungen erzielt wird.

Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die Betroffenheit deutscher Gemeinden von der Schweizer Seite anerkannt und bei den Beteiligungsmöglichkeiten und möglichen Abgeltungen keine Unterscheidung abhängig von der Nationalität vorgenommen wird. Dies setzt eine Vertretung des Landes in den einschlägigen Gremien voraus, die der Betroffenheit entspricht und ein Mitspracherecht sicherstellt. Die Landesregierung erkennt die ersten Schritte von Seiten der Schweiz an. Aufgrund der gleichartigen Betroffenheit der grenznahen baden-württembergischen Gebiete sind jedoch frühzeitige konkrete Festlegungen über deren Berücksichtigung bei den Abgeltungen notwendig.

Mit Blick auf die vier Kernkraftwerke der Schweiz hat Baden-Württemberg ein großes Interesse an kontinuierlicher Information über betriebliche Vorgänge und Sicherheitsthemen sowie an einer Fortführung der engen Abstimmung der Katastrophenschutzplanung. Um das Unfallrisiko tatsächlich zu beseitigen, müssten die Kernkraftwerke dauerhaft abgeschaltet werden.



4.8. Artenschutz fördern, Zusammenarbeit in der Landwirtschaft und Fischerei vertiefen

Ausbau der Zusammenarbeit beim Arten- und Biotopschutz

Der Schutz von Umwelt und Natur genießt in Baden-Württemberg und in der Schweiz hohe Wertschätzung in Politik und Gesellschaft. Dies zeigt sich gerade in den Grenzregionen, die landschaftliche Schönheit und wirtschaftliche Dynamik verbinden. Rhein und Bodensee sind einzigartige Naturräume, die es gemeinsam zu erhalten und zu nutzen gilt.

Baden-Württemberg strebt einen Ausbau der Zusammenarbeit beim Arten- und Biotopschutz und der Schutzgebietsvernetzung an. So werden beispielsweise die Ausweisung eines grenzüberschreitenden Schutzgebiets im Bodenseebereich (z.B. über die Ramsar-Konvention), grenzüberschreitende Biotopverbundplanung, ein INTERREG-Projekt zum Insektenschutz oder ein gemeinsames Fledermaus-Schutzprojekt vorgeschlagen.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Naturpark Südschwarzwald und dem direkt angrenzenden Naturpark Schaffhausen soll weiter ausgebaut werden – mit Bildungsk Kooperationen, Radwegeinfrastruktur oder Baukultur als möglichen Anknüpfungspunkten.

Zur Förderung des Fischartenschutzes wird ein grenzüberschreitendes Kormoran-Management angestrebt. Hierzu wird – aufbauend auf dem Dialogforum „Kormoran und Fisch“ – eine Machbarkeitsstudie als Kleinprojekt über die Internationale Bodensee-Konferenz gefördert, um ein größeres INTERREG-Projekt vorzubereiten.

Der Umgang mit der Quaggamuschel, einer invasiven Art aus Nordamerika, die sich im Bodensee und in anderen europäischen Seen rapide ausbreitet, soll im Rahmen des INTERREG-Projektes „SeeWandel-Klima“ weiterverfolgt werden.

Zusammenarbeit in der Landwirtschaft vertiefen, Wettbewerb um landwirtschaftliche Flächen entschärfen

In der Land- und Forstwirtschaft bestehen viele gemeinsame Herausforderungen und Entwicklungen in Baden-Württemberg und der Schweiz, etwa beim ökologischen Landbau, beim Obst- und Weinbau oder in der Agrarforschung. Die gute Zusammenarbeit soll weiter gepflegt und ausgebaut werden, auch um die Resilienz zu stärken.

Seit Jahren geht in der Grenzregion von der Schweizer Seite ein hoher Kauf- und Pachtdruck auf landwirtschaftliche Flächen in Baden-Württemberg aus. Hier wollen wir verstärkt auf eine Entspannung der ungleichen Konkurrenzsituation hinwirken und sind daher mit dem Schweizerischen Bundesamt für Landwirtschaft im Gespräch.

„Der Regionale Naturpark Schaffhausen ist ein optimales Instrument zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, für die Freundschaft und die gemeinsame Realisation von innovativen Projekten.“

Hans Rudolf Meier, Präsident des Vereins Regionaler Naturpark Schaffhausen





Unbürokratische Zollpraxis, Agrarforschung und Fischerei im Bodensee

Im Bestreben, den grenznachbarlichen Marktverkehr zu erleichtern, setzt sich Baden-Württemberg für die Beibehaltung einer liberalen Einfuhrpraxis für badische Landwirtinnen und Landwirte ein. Die künftige Ausgestaltung Schweizerischer Vorschriften über die zollfreie bzw. vergünstigte Einfuhr von Waren aus der deutschen Grenzregion sollte sich weiterhin an der gelebten, bürokratiearmen Realität ausrichten.

Im Bereich der Agrarumweltprogramme wird ein Austausch mit der Schweiz angestrebt. Daneben ist eine verstärkte Zusammenarbeit in der angewandten Forschung voranzutreiben, insbesondere in den Bereichen Klima und Biodiversität auf Ebene der Landesanstalten.

Die Zusammenarbeit mit der Schweiz bei der fischereilichen Bewirtschaftung des Bodensees ist vorbildlich und hat Modellcharakter.



4.9. Gesundheitspolitik grenzüberschreitend denken

Gesundheitsversorgung grenzüberschreitend denken und Barrieren abbauen

Baden-Württemberg und die Schweiz pflegen eine langjährige Zusammenarbeit im Bereich der Gesundheit. Maßgebliches Ziel ist es, die Potenziale der Gesundheitskooperation am Oberrhein, Hochrhein und Bodensee zu entwickeln, um grenzüberschreitend die Leistungen für Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Gemeinsame Schwerpunktthemen in der Oberrheinkonferenz und der Internationalen Bodensee-Konferenz sind Prävention und Gesundheitsförderung – perspektivisch auch im Bereich der umweltbezogenen Gesundheit, Abstimmung in der ambulanten und stationären Versorgung, Fachkräftemangel, grenzüberschreitende Patientenmobilität und die Kooperation der Rettungsdienste sowie das Infektionsgeschehen bei übertragbaren Krankheiten.

Für die Gesundheitszusammenarbeit in der Grenzregion hat insbesondere TRISAN, das 2023 verstetigte trinationale Kompetenzzentrum am Oberrhein, eine besondere Bedeutung. Durch die Identifizierung von grenzbedingten Hindernissen für Gesundheitsakteure, Fachkräfte, Patientinnen und Patienten soll TRISAN gemeinsame Fortschritte in der Patientenmobilität, bei der Bewältigung des Fachkräftemangels sowie bei Prävention und Gesundheitsförderung fördern. TRISAN unterstützt ferner die Vernetzung, übernimmt Koordinationsaufgaben zwischen den Akteuren, begleitet und berät Kooperationsprojekte und leistet ein aktives Informations- und Wissensmanagement.

Gesundheitskrisen gemeinsam bewältigen

Die Corona-Pandemie hat den Deutsch-Schweizerischen Grenzraum vor besondere Herausforderungen gestellt, da es hier nicht nur landesintern zu koordinieren galt, sondern auch sinnvolle Kommunikationswege eingeführt werden mussten, um den Besonderheiten des Grenzraumes angemessen Rechnung zu tragen. Gleichzeitig wurde ein vorbildlicher regelmäßiger grenzüberschreitender Austausch zu den Pandemiefragen etabliert, an den angeknüpft werden sollte.



Ministerpräsident Winfried Kretschmann
besucht am 28. April 2022 die ETH Zürich.

„Die Pandemie hat uns gezeigt, wie eng der Grenzraum in der Bevölkerung verwoben ist und wie wichtig es ist, ihn in Entscheidungen einzubeziehen, die Auswirkungen auf die Grenzregion haben. Die Pandemie hat damit auch deutlich gemacht, wie wichtig es ist, kontinuierlich einen engen Austausch und Freundschaften über die Grenzen hinweg zu pflegen.“

Landrat Zeno Danner, Landkreis Konstanz



4.10. Sicherheitskooperation stärken

Polizeiliche Zusammenarbeit weiterentwickeln

Die **polizeiliche Zusammenarbeit** mit der Schweiz ist traditionell sehr gut, eng und vertrauensvoll. Durch den am 5. April 2022 unterzeichneten deutsch-schweizerischen Polizeivertrag kann grenzüberschreitenden Herausforderungen noch effektiver begegnet und die Zusammenarbeit weiter intensiviert werden. Gemeinsame Übungen und eine Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik stärken die grenzüberschreitende Kooperation. Dazu soll auch ein über die Strafverfolgung hinausgehender Austausch zur Cybersicherheit in der Oberrheinkonferenz beitragen.

Um grenzüberschreitender Kriminalität wirksam zu begegnen wollen wir die Staatsanwaltschaften ebenfalls in den engen Austausch mit der Schweiz einbeziehen.

Zusammenarbeit im Katastrophenschutz ausbauen

Auch im Bereich des Rettungswesens und des Bevölkerungsschutzes ist die Kooperation sehr gut und soll weiter ausgebaut werden, insbesondere durch eine Anpassung der Instrumente des Katastrophenschutzes. Regelmäßig werden etwa im Rahmen der Oberrheinkonferenz länderübergreifende gemeinsame Übungen durchgeführt. Auch im Bodenseeraum wurde ein Konzept zur grenzüberschreitenden Hilfe bei Katastrophen und Notlagen erarbeitet, das durch Übungen gestärkt werden soll.

Mit der Beteiligung der Schweiz an der EU-Großübung „Magnitude“, die 2024 im Land stattfand, wird die Zusammenarbeit im Bevölkerungsschutz nachhaltig gestärkt und intensiviert.

Die Schweiz ist mit ihren hervorragenden Fähigkeiten ein kompetenter und erfahrener Partner im europäischen Bevölkerungsschutz. Die Schweiz umgehend in das Europäische Katastrophenschutzverfahren zu integrieren, wäre ein folgerichtiger Schritt, der von Baden-Württemberg ausdrücklich unterstützt wird.

Steuerung und Begrenzung der Flüchtlingszahlen an der deutsch-schweizerischen Grenze

Angesichts der anhaltend hohen Flüchtlingszahlen ist eine enge Abstimmung und eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Schweiz notwendig. Dies gilt insbesondere für die Problematik der unbegleiteten minderjährigen Ausländer, die über die deutsch-schweizerische Grenze ins Land kommen.

Die deutsch-schweizerische Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden polizeilichen und migrationspolitischen Fragen wird begrüßt. Gemeinsames Ziel muss es sein, die Flüchtlingsmigration so zu steuern und zu begrenzen, dass die aktuellen vorübergehenden Binnengrenzkontrollen zur Schweiz wieder entbehrlich werden. Baden-Württemberg bekennt sich auch weiterhin zu offenen Grenzen, die für unsere Grenzräume Grundlage des gemeinsamen Zusammenlebens sind. Dafür braucht es auch europäische Lösungen und ein funktionierendes europäisches Asylsystem.



„Die enge Zusammenarbeit mit der Schweiz ist von unschätzbarem Wert, um Stabilität und Sicherheit zu fördern und grenzüberschreitende Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen. Naturkatastrophen und Kriminalität machen nicht an Ländergrenzen halt. Deshalb arbeiten wir auch in Zukunft an einer starken, partnerschaftlichen und gemeinsamen Sicherheitspolitik, die wir ausbauen und stärken wollen.“

Minister Thomas Strobl, Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg



Staatssekretär Florian Haßler eröffnet am 23. Juni 2023 im Stuttgarter Neuen Schloss das Zukunftsforum (Stakeholderkonferenz) zur Fortschreibung der Schweiz-Strategie des Landes

5. Umsetzung und Prozess der Erarbeitung der Schweiz-Strategie

Die vorliegende Fortschreibung der Schweiz-Strategie der Landesregierung stellt die Perspektive Baden-Württembergs dar. Dennoch war es der Landesregierung Baden-Württemberg ein besonderes Anliegen, auch die Schweizer Partnerinnen und Partner frühzeitig in die Erarbeitung einzubeziehen. Ziel war es, im Fortschreibungsprozess mit den Stakeholdern der Zusammenarbeit, Bürgerinnen und Bürger im Grenzraum, den Grenzkantonen, Bundesministerien in Berlin und Bern, der Deutschen Botschaft in Bern sowie der Europäischen Kommission in Brüssel ins Gespräch zu kommen und Impulse aus erster Hand aufzunehmen.

1. Stakeholder-Konferenz im Juni 2023

Zum Auftakt der Erarbeitung der neuen Schweiz-Strategie konnten sich die Akteurinnen und Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Stakeholder-Konferenz im Neuen Schloss in Stuttgart aktiv beteiligen und ihre Ideen, Anregungen und Erfahrungen einbringen.

2. Bürgerdialoge im November 2023

Die Bürgerinnen und Bürger des Grenzraums wurden im Rahmen von zwei Bürgerdialogen in Zusammenarbeit mit den Städten Waldshut-Tiengen und Koblenz/Schweiz sowie Konstanz und Kreuzlingen einbezogen. Es nahmen über 100 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger teil. Hier engagierte sich Staatsrätin Barbara Bosch persönlich, um die Anliegen der Menschen vor Ort in die Fortschreibung der Schweiz-Strategie einfließen zu lassen.

Podiumsdiskussion in Zürich zum Thema:
„Klimaschutz und Versorgungssicherheit:
Aufbruch oder Rolle rückwärts für die grüne
Transformation?“ – Delegationsreise vom
28. bis 29. April 2022

3. Begleitende Fachveranstaltungen und Gespräche

Die Fortschreibung der Schweiz-Strategie wurde durch zahlreiche Fachveranstaltungen begleitet. Dazu zählen beispielsweise die Konferenz zur Zusammenarbeit in der Wissenschaft an der Universität Konstanz, der Mainauer Klimadialog, der Europadialog mit den Handelskammern am Oberrhein oder die Demokratiekonferenz mit dem Kanton Aargau. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz wurden in Veranstaltungen, wie beispielsweise einem Webinar mit dem Kanton Basel-Stadt, Formaten der Landesvertretung in Brüssel und zahlreichen Gesprächen diskutiert und beleuchtet.

4. Einbeziehung der Schweizer Seite

Im November 2023 fand ein hochrangiger politischer Austausch der Landesregierung mit den Regierungen der sieben Grenzkantone, der designierten Botschafterin der Eidgenossenschaft in Berlin und dem schweizerischen Generalkonsul auf Einladung von Herrn Ministerpräsident Kretschmann statt. Bei der Erarbeitung des Textes wurden zudem die Schweizer Grenzkantone und das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) konsultiert.





Kamingespräch des Herrn Ministerpräsidenten mit den Regierungen der Schweizer Grenzkantone am 28. November 2023 in der Villa Reitzenstein, Stuttgart

5. Umsetzung der neuen Schweiz-Strategie

Ziel ist es, die fortgeschriebene Schweiz-Strategie der Landesregierung in Zusammenarbeit mit all denjenigen umzusetzen, die in die Erarbeitung einbezogen waren. Die Entscheidungen über eventuelle Mehrausgaben, die sich aus der Umsetzung ergeben könnten, bleiben dem Haushaltsgesetzgeber vorbehalten. Zur Finanzierung von Mehrbedarfen ist zunächst vorrangig zu prüfen, inwieweit sie aus bestehenden Mittelsansätzen durch zielgerichtete Ressourcensteuerung gedeckt werden können. Die Schweiz-Strategie begründet darüber hinaus keine haushaltsrechtliche, rechtliche oder politische Zwangsläufigkeit und daraus ergibt sich für ein späteres Haushaltsaufstellungsverfahren auch keine präjudizierende Wirkung oder ein Vorrang gegenüber anderen Maßnahmen oder Vorschlägen und auch keine finanzielle Vorsorge in der Mittelfristigen Finanzplanung.

Grenzüberschreitende Projekte und Vorhaben spielen für die Umsetzung der Schweiz-Strategie eine besondere Rolle. Daher wollen wir bei grenzüberschreitenden Projekten bei Bedarf auch eine mögliche Förderung im Nachbarland in den Blick nehmen, so wie dies umgekehrt auch bei Schweizer Förderprogrammen grundsätzlich möglich ist. Zuwendungen an Empfänger im Ausland sind grundsätzlich nach der Landeshaushaltsordnung (LHO) zulässig, es bedarf aber insbesondere eines erheblichen Landesinteresses,

das im Einzelfall zu prüfen ist. Des Weiteren ist Voraussetzung, dass das Land sich im Rahmen der Finanzierungskompetenz bewegt, d.h. Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen können nur geleistet werden, wenn dies zur Erfüllung der Aufgaben des Landes notwendig ist. Daher stellt eine Förderung im Ausland einen Ausnahmefall dar, der anhand des Einzelfalls zu prüfen und zu würdigen ist.

Thementisch „Beziehungen Baden-Württemberg/Schweiz“ beim Zukunftsforum (Stakeholderkonferenz) am 23. Juni 2023





Auf dem Podium (von links): Prorektorin und Professorin Dr. Daniela Kleinschmit von der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Staatssekretär Florian Haßler, Moderator Georg Walter vom Euro-Institut in Kehl, Esther Keller, Regierungsrätin des Kantons Basel-Stadt und Zeno Danner, Landrat des Landkreises Konstanz beim Zukunftsforum (Stakeholderkonferenz) am 23. Juni 2023

Europastaatssekretär Florian Haßler (dritter von links) hat zum Zukunftsforum in das Neue Schloss in Stuttgart geladen. Mit dabei sind Michael Flügger, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Schweiz (links), Professorin Dr. Daniela Kleinschmit von der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg (zweite von links), Andrea Elisabeth Knellwolf, Großrätin des Kantons Basel-Stadt (vierte von links), der Generalkonsul der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Urs **Schnider** (dritter von rechts), Esther Keller, **Regierungsrätin** des Kantons Basel-Stadt (zweite von rechts) und Moderator Georg Walter (rechts).



Kamingespräch Landesregierung mit Schweizer Grenzkantonen am 28. November 2023 in Stuttgart



Ministerpräsident Kretschmann mit Beat Jans, damaliger Regierungspräsident des Kantons Basel-Stadt, seit 2024 Bundesrat der Schweizer Bundesregierung beim Kamingespräch am 28. November 2023 in Stuttgart



Impressum

Herausgeber

Staatsministerium Baden-Württemberg
Referat 51 Internationale Angelegenheiten
Richard-Wagner-Straße 15
70184 Stuttgart, Germany

Redaktion

Dr. Cornelia Eberle
Telefon +49 (0)711 2153 285
cornelia.eberle@stm.bwl.de

Gestaltung

büro punkt. für visuelle Gestaltung,
Medienkonzepte und Internetservice
Hauptstraße 46
73098 Rechberghausen

Telefon +49 (0)7161 959383
www.buero-punkt.de

Bildnachweise

- S. 1: Titelbild, Alte Rheinbrücke bei Rheinfelden © thosti57, stock.adobe.com
- S. 2: Landkarte „Die Schweiz und Baden-Württemberg in Europa“ © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2023
Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
- S. 5: Portrait Ministerpräsident Kretschmann © Staatsministerium Baden-Württemberg / Dennis Williamson;
Portrait Staatssekretär Haßler © Staatsministerium Baden-Württemberg / Steffen Schmid
- S. 6: TMBW Schönenberg-Suedschwarzwald_Belchen © Staatsministerium Baden-Württemberg / Joachim Negwer
- S. 8: TMBW Bodensee_Segeln © Staatsministerium Baden-Württemberg / Achim Mende
- S. 10: Holzbrücke über den Rhein bei Bad Säckingen © Joachim, stock.adobe.com; Schweizer Bundespräsident Ignazio Cassis und Ministerpräsident Kretschmann © Staatsministerium Baden-Württemberg / Uli Regenscheit; Ministerpräsident Kretschmann und die Schweizer Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter © Eidgenössisches Finanzdepartement EFD, Generalsekretariat EFD, Kommunikation
- S. 11: Ministerpräsident Kretschmann in Bern © Staatsministerium Baden-Württemberg / Simone Fuhrmann
- S. 12: Schweizer Bundespräsident Ignazio Cassis und Staatssekretär Florian Haßler am Stuttgarter Flughafen © Staatsministerium Baden-Württemberg / Uli Regenscheit
- S. 13: Gruppenbild in Rheinfelden, 2025 © Staatsministerium Baden-Württemberg / Simone Fuhrmann
Landkarte „Grenzraum Schweiz – Baden-Württemberg“ © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2023,
Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
- S. 14: Mittlere Rheinbrücke Basel © matho, stock.adobe.com; Smart City Lab Basel – Delegationsreise in die Schweiz © Staatsministerium Baden-Württemberg
- S. 16: Ortsschild Schweiz Rheinfelden © Alexandra, stock.adobe.com
- S. 18: Puzzle mit den Nationalflaggen von Deutschland und der Schweiz © luzitania, stock.adobe.com
- S. 21: Luftbild Universitätsgelände Konstanz © Peter Allgaier, stock.adobe.com
- S. 29: Strommast © hanseat, stock.adobe.com
- S. 30: Der Rheinfall bei Schaffhausen in der Schweiz © michaklootwijk, stock.adobe.com
- S. 31: TMBW Apfelplantage © Staatsministerium Baden-Württemberg / Andreas Weise
TMBW Pfahlbauten Bodensee © Staatsministerium Baden-Württemberg / Achim Mende
- S. 32: Ministerpräsident Kretschmann besucht ETH Zürich © Staatsministerium Baden-Württemberg
- S. 34: Staatssekretär Haßler eröffnet Stakeholderkonferenz © Staatsministerium Baden-Württemberg / Reiner Pfisterer
- S. 35: Podiumsdiskussion in Zürich © Staatsministerium Baden-Württemberg
- S. 36: Kamingsgespräch 2023 in der Villa Reitzenstein © Staatsministerium Baden-Württemberg / Martin Stollberg
Thementisch, Stakeholderkonferenz © Staatsministerium Baden-Württemberg / Reiner Pfisterer
- S. 37: Auf dem Podium, Stakeholderkonferenz © Staatsministerium Baden-Württemberg / Reiner Pfisterer
Gruppenbild Zukunftsforum im Neuen Schloss, Stuttgart © Staatsministerium Baden-Württemberg / Reiner Pfisterer
Ministerpräsident Kretschmann mit Beat Jans beim Kamingsgespräch 2023 in der Villa Reitzenstein © Staatsministerium Baden-Württemberg / Martin Stollberg
Gruppenbild Kamingsgespräch 2023 in der Villa Reitzenstein © Staatsministerium Baden-Württemberg / Martin Stollberg
- S. 38: Landkarte „Verwaltungsgliederung der Schweiz und Baden-Württemberg“ © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2023
Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH

© Staatsministerium Baden-Württemberg, Auflage 1, Juli 2025

Es wird keine Haftung für die Richtigkeit der genannten Angaben übernommen.
Auszüge und Veröffentlichungen aus dieser Broschüre sind nur mit Genehmigung des Herausgebers gestattet.



Baden-Württemberg

Strategie des Landes Baden-Württemberg für die Zusammenarbeit mit der Schweiz

Fortschreibung 2025